

UNIA



DIE FÜHRUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Wander-GAV: Büezer wollen ihn besser und länger! Seite 11

Chemielaborant
Domenik Seiwald
liess sich nicht
kaufen:



Zollhammer
39 Prozent! Donald
Trump demütigt seine
Schweizer Fans. Was
jetzt nötig ist und was
die Unia verlangt.
Seiten 5–7

Lehrstart
8 Wochen Ferien für
Lernende! Seite 2

60 Jahre Matt- mark

Wie die Katastrophe
die Geschichte der
Gewerkschaften
geprägt hat. Grosses
Doppel-Interview
mit der Historikerin
Elisabeth Joris und
Vasco Pedrina, Ex-
Unia-Co-Präsident.
Seiten 8–9

**Der Mann,
der Siegfried
besiegte**

Seite 3



DER TRUMP(F)-KÖNIG

US-Präsident Donald Trump könnte ein begnadeter Jasser sein (leider wissen wir es nicht). Zumindest hat er im «Differenzler» mit Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter gezeigt, was er draufhat. Bei dieser Jass-Variante sagen alle Spielenden die Punktezahl an, die sie dann möglichst genau erreichen müssen. Keller-Sutter hat 10 (Prozent Zölle) angesagt, 39 gemacht, gibt eine Differenz von 29. Nicht gerade ein Glanzresultat, weder im Jass noch in der Politik.

STÖCK. Beim Trumpf-Jass machen der Reihe nach die Spielenden jeweils eine Farbe zum Trumpf und bestimmen damit die höchsten Karten der Runde.

Trump hat im Differenzler mit Karin Keller-Sutter gezeigt, was er draufhat. Jass-König Trump sagt immer Trumpf an. Er dominiert, spielt rasch Bub, Nell und As, sticht mit den höchsten Karten

der Schweiz die Trümpfe aus der Hand: Weder eine Senkung der Agrarzölle (die Industriezölle hat sie bereits 2024 freiwillig aufgegeben), Milliardeninvestitionen noch das Schweizer Berufsbildungsmodell mochten ihn umzustimmen.

WYS. Wenn Trump die Trümpfe ausgehen, zaubert er noch sieben Asse aus dem Ärmel: etwas tiefere Zölle hier, etwas höhere dort, etwas mehr auf der Pharma, etwas weniger auf dem Gold, heute hier, morgen dort. Ein Spiel ganz nach seinen Regeln, ohne Rücksicht auf Parlament oder Justiz, überhaupt ohne lästige Demokratie.

STICH. Kein Wunder, ist und bleibt Trump für die SVP-Oberen der Herzbub. Zur Partei, die sich gerne volksnah gibt, passt eine hemdsärmelige Jass-Runde. Endlich sagt mal einer klipp und klar, was Trumpf ist! Statt Trump kritisieren sie lieber das Aussendepartement, weil es sich für eine Zweistaatenlösung im Israel-Palästina-Konflikt ausgesprochen hat. «Das hat Trump verärgert» (SVP-Präsident Marcel Dettling). Und Verteidigungsminister Martin Pfister wollte nur noch 10 Prozent der Rüstungsgüter in den USA einkaufen, irgendwie verständlich nach dem F-35-Desaster, das jetzt um eine Milliarde teurer werden könnte als versprochen. Doch: «Auch das geht nicht spurlos an Trump vorbei» (ebenfalls Dettling). Einen ganz kreativen Spielzug machte Franz Grüter (natürlich SVP), indem er Justizminister Beat Jans unterstellte, er habe zusammen mit Aussenminister Ignazio Cassis die Verhandlungen mit den USA ausgebremst, um dem Vertrag mit der EU zum Durchbruch zu verhelfen.

Für die Búezerinnen und Búezer wählen die Wirtschaftsoberen (Economiesuisse, Gewerbeverband, Swissmem usw.) eher eine Misère. In dieser Jass-Variante gehören die Punkte dem Gegner. Sie wittern eine Chance – Trump sei Dank –, endlich mit der «Deregulierung» zu trumpfen. Auf dem Spiel stehen nichts weniger als die Mindestlöhne, die Arbeitszeitregulierungen, die Gesamtarbeitsverträge. Die SVP wiederum ist sogar gegen eine Verlängerung der Kurzarbeit in den von den Zöllen betroffenen Branchen. Weil es ja Fachkräftemangel gibt und diese Fachleute doch einfach in einem anderen Unternehmen arbeiten könnten, so SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Könnte es sein, dass auch in der SVP-Führungsetage ein Mangel an Fachkräften herrscht? Denn Aeschis Vorschlag ist nicht mal mehr Jass à la Trump, sondern reiner Poker (Seiten 5 bis 7).



WARTEN AUF IHR GELD: Die Monteure der Ostschweizer Firma Mons Solar.
SYMBOLFOTO: KEYSTONE

Sozialamt statt Solarenergie Solar-Bude lässt Búezer im Regen stehen

Die Firma Mons Solar aus dem St. Galler Rheintal ist konkurs. Wochenlang liess man die Mitarbeitenden im Ungewissen und zahlte keine Löhne mehr.

IWAN SCHAUWECKER

Solaranlagen und Wärmepumpen, das tönt eigentlich nach einem Geschäft mit Zukunft. Auch Mons-Solar-



«Nicht alle Überstunden werden bezahlt.»

LUKAS AUER, UNIA

Firmengründer Michael Grabherr war noch voller Zuversicht, als der neue Hauptsitz in Sennwald SG in Planung war. Die Anzahl der Mitarbeitenden von Mons Solar hatte sich im Jahr

2022 auf fast 300 Personen verdoppelt – die Firma expandierte nach Österreich und Deutschland. Doch es gab auch damals schon dunkle Wolken am Solar-Himmel. Der «Kassensturz» berichtete über irreführende Verkaufsgespräche, fehlerhafte Offerten und Sicherheitsmängel. Und Mitarbeitende sprangen zu dubiosen Konkurrenzunternehmen ab (work berichtete: rebrand.ly/solar-bude).

GROSSE ENTTÄUSCHUNG

Elektroinstallateur Norbert Domes (62) blieb der Firma dennoch treu. Seit 2019 arbeitete er für Mons Solar und wollte eigentlich bis zur Pensionierung bleiben. Doch nun ist er sehr enttäuscht. Er sagt: «Wochenlang habe ich auf meinen Lohn für den Monat Juli gewartet!» Bereits der Lohn für den Vormonat sei zu spät gekommen, und viele seiner Kollegen, häufig Grenzgänger aus Vorarlberg, hätten auch die Teilzahlung des 13. Monatslohns nicht erhalten. Von der Firma gab es bis Mitte August keine schriftliche Information zu den ausstehenden Lohnzahlungen.

ANRUF BEIM SOZIALAMT

Domes hat keine finanziellen Reserven für sich und seine Familie. Er sagt: «Ich

habe nur noch 100 Franken übrig für den Monat August.» Domes meldete sich deshalb beim Sozialamt und ist auch mit Unia-Mann Lukas Auer in

«Ich habe nur noch 100 Franken übrig für den Monat August.»

NORBERT DOMES, ELEKTROINSTALLATEUR

Kontakt. Auer hat ein Rechtsverfahren über das zuständige Betreibungsamt eingeleitet und sagt: «Hier scheint ein klarer Fall von Insolvenzverschleppung vorzuliegen.»

BEKANNTGABE DES KONKURSES

Am 19. August gibt Mons Solar den bevorstehenden Konkurs in einer Medienmitteilung bekannt. Auer sagt: «Die Arbeitslosenkasse wird die ausstehenden Löhne der letzten vier Monate zahlen, aber es gibt Mitarbeitende mit massiv vielen Überstunden, die nicht mehr bezahlt werden.» Bis zur Auszahlung des Lohnes durch die Kasse werden voraussichtlich noch mehrere Wochen vergehen. Auer erwartet in den kommenden Tagen noch mehr Mitarbeitende, welche die Unterstützung der Unia brauchen werden.

Aktion von Scorpio Zürich zum Schulanfang der Lernenden

«Acht Wochen Ferien sind ein Anfang»

Mehr als 175 000 Personen haben die Petition für acht Wochen Ferien für Lernende unterzeichnet. Bei einer Aktion vor den Berufsschulen in der Stadt Zürich machte die Lernendengruppe Scorpio Zürich auf die Petition und weitere Forderungen aufmerksam.

IWAN SCHAUWECKER

Durch ein Megaphon tönt der Ferienalarm der Lernendengruppe Scorpio Zürich. Auf einem Transparent steht: «Erholung ist kein Luxus». Zum Schulanfang der Berufsschulen in der Stadt Zürich waren deshalb nicht nur private Ferienerlebnisse Gesprächsthema. Es ging um mehr. Es ging um die Frage, warum Lernende in der beruflichen Grundbildung nur fünf Wochen Ferien haben, während gleichaltrige Jugendliche im Gymnasium oder in Fachmittelschulen 13 Wochen Ferien haben.

Leonie (22) hat gerade eine Lehre als Gärtnerin abgeschlossen und verteilt für Scorpio Flyer an die Schülerinnen und Passanten. Sie sagt: «Die Lehre sollte attraktiver werden, damit mehr Leute diese Arbeit machen wollen. Die acht Wochen Ferien sind ein wichtiger Anfang! Denn bei vielen Jobs bis du körperlich und geistig am Ende unter den jetzigen Bedingungen.» (work berichtete: workzeitung.ch/lernende-am-anschlag)

GESPRÄCHSSTOFF. Ein Berufsschullehrer kommt in der Mittagspause mit den Aktivistinnen und Aktivisten von Scorpio ins Gespräch. Die Aktion findet er super: «Die Forderung nach acht Wochen Ferien ist konkret und liefert Stoff für Gespräche mit den Jugendlichen. Die Ausbeutung und Benachteiligung der Lernenden müssen wir auf jeden Fall mehr thematisieren.»

BASEL UND ZÜRICH. Scorpio Zürich ist im Frühjahr dieses Jah-



FÜR DIE LERNENDEN: Schreinerin Lea von Scorpio Zürich. FOTO: ISC

res entstanden. Nach einer Demo für Lernende in Basel haben sich junge Menschen aus Zürich zusammengeschlossen und einen Zürcher Ableger von Scorpio gegründet. Bei der Aktion vor den Zürcher Berufsschulen macht Scorpio auch auf ihre weiteren Forderungen aufmerksam: psychische und körperliche Unversehrtheit, höhere

Mindestlöhne, keine beruufs-fremde Arbeit, keine Überstunden, eine Ausbildungsreform und das Recht auf eine Lehre für Geflüchtete.

ÜBERGABE DER PETITION. Lernende, ehemalige Lernende und junge Arbeitnehmende haben

«Bei vielen Jobs bist du körperlich und geistig am Ende.»

LEONIE, 22, GÄRTNERIN

den Appell für acht Wochen Ferien, der im Juni vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB lanciert wurde und von der Unia unterstützt wird, dem Bundesrat übergeben. Die über 175 000 Unterschriften wurden in Rekordzeit gesammelt. Der SGB schreibt: «Die Einreichung der Unterschriften ist nicht das Ende der Kampagne für die Aufwertung der Berufslehre, sondern der Anfang.»

Nach Cyber-Attacke: Laborant Domenik Seiwald (37) erwirkt mit der Unia ein wegweisendes Urteil

Er ist nicht käuflich!



LIESS SICH NICHT ABSPEISEN: Domenik Seiwald hat sich vor Gericht für seine Kollegen eingesetzt.
FOTO: JAKOB INEICHEN

Ein Hackerangriff legt die Siegfried AG lahm. Die Pharma-Firma will, dass die Mitarbeitenden die Arbeitszeit nachholen. Jetzt stoppt sie das Aargauer Obergericht. Den Fall ins Rollen brachte Unia-Mitglied Domenik Seiwald.

CHRISTIAN EGG

Am Morgen des 21. Mai 2021 spielten sich in der Siegfried AG unheimliche Dinge ab. Domenik Seiwald, damals Chemielaborant in der Pharmafirma: «Auf allen PCs wurden ein Dokument ums andere verschlüsselt, wir konnten sie nicht mehr öffnen.» Danach fiel ein System ums andere aus. Darunter alle

«Die Stunden stehen nicht nur mir zu.»
DOMENIK SEIWALD, LABORANT

Computerprogramme, das interne Telefon, sogar die Alarmanlagen der Gebäude. Innerhalb von etwa 20 Minuten sei die Firma praktisch komplett lahmgelegt worden. Auch die Produktion. Die 600 Mitarbeitenden am Hauptsitz in Zofingen AG stellen Wirkstoffe für Medikamente her. Seiwald sagt: «Wir hatten Glück, dass nichts ausgefallen ist.»

Bald wird klar: Das kann nur ein Hackerangriff sein. Und was für einen: Von den weltweit elf Siegfried-Standorten sind neun betroffen. In Zofingen schickt das Management die Belegschaft bereits am Mittag nach Hause. Nach einer Woche bietet Seiwald an, unbezahlte Ferien zu nehmen. Seine Chefin lehnt ab. «Wir mussten auf Abruf bereit sein.» Drei Wochen dauert es, bis die Produktion wieder läuft.

DIE STUNDEN NACHHOLEN?

Noch während des Stillstands teilt die Siegfried-Leitung den Mitarbeitenden mit: Die ausgefallenen Arbeitsstunden müssen sie nachholen. Viele hätten das als unfair empfunden, so Seiwald – als ob sie etwas dafür könnten, dass der Betrieb unterbrochen war. Darauf krebten die Chefs zurück – aber nur halb: Nur die Hälfte der verpassten Stunden werden von den Arbeitszeitkonten abgezogen und müssen somit nachgeholt werden. «Sie

sagten: fifty-fifty, das sei doch fair», so der 37-Jährige.

Er und einige andere finden das nicht. Sie wissen: Hier handelt es sich um Annahmeverzug. Davon ist die Rede, wenn Mitarbeitende bereit sind zu arbeiten, aber die Firma ihnen keine Arbeit anbieten kann. In einem solchen Fall steht im Obligationenrecht wörtlich, der Lohn sei weiterhin geschuldet, «ohne dass der Arbeitnehmer zur Nachleistung verpflichtet ist».

ERFOLG AUF DER GANZEN LINIE

Seiwald teilt dies Siegfried mehrmals mit, zuletzt mit einem Mail an die Personalabteilung. Nichts passiert. Unterstützt von der Unia geht er deshalb vor Gericht. Und hat jetzt, in zweiter und letzter Instanz, auf ganzer Linie recht bekommen! Im Urteil stellt das Aargauer Obergericht klar: Ein solcher Cyberangriff fällt unter das Betriebsrisiko des Arbeitgebers. Also ein klarer Fall von Annahmeverzug. Das Gericht verpflichtet Siegfried, Seiwald die abgezogenen Stunden gutzuschreiben. Ein wegweisender Entscheid, sagt Lucien Robischon von der Unia Basel: «Das ist das erste Urteil in der Schweiz zu den Pflichten des Arbeitgebers bei einer Cyberattacke.»

BESSERES ANGEBOT ABGELEHNT

Da Domenik Seiwald mittlerweile nicht mehr bei der Siegfried arbeitet, hat ihm die Firma die Stunden ausbezahlt – rund 1000 Franken. Bemerkenswert: In der Schlichtung vor dem Prozess hat ihm Siegfried ein noch höheres Angebot gemacht – und der Chemielaborant hat es ausgeschlagen. Denn im Gegenzug hätte er sich zu Stillschweigen verpflichten müssen. Das sei für ihn nicht in Frage gekommen: «Die Stunden stehen nicht nur mir zu. Alle sollen wissen, was richtig ist und was nicht.»

Ob die Siegfried das begriffen hat, darf bezweifelt werden. Auch nach dem rechtskräftigen Urteil schreibt die Firma auf Anfrage: «Wir sind dennoch überzeugt, dass unser Massnahmenpaket zur Bewältigung der Cyberattacke notwendig und angemessen war.» Bis heute weigert sich die Firma, allen Betroffenen von sich aus die gestrichenen Stunden wieder gutzuschreiben (siehe Text unten). Und dies, obwohl sie 2021, im Jahr der Cyberattacke, Rekordzahlen schrieb: erstmals einen Umsatz von über einer Milliarde Franken und 95 Millionen Reingewinn. Auch dank einem Auftrag zum Abfüllen des damals begehrten Covid-Impfstoffs von Pfizer. Allein die Schweiz bestellte davon rund 20 Millionen Dosen.

Korrigiert Siegfried das Unrecht? Nicht wirklich

Nach dem Hackerangriff verknurrte Siegfried ihre Mitarbeitenden dazu, die Hälfte der Stunden nachzuholen: Das war nicht rechtens, urteilt jetzt das Obergericht. Für Lucien Robischon von der Unia Basel ist deshalb sonnenklar: «Die Firma muss jetzt allen betroffenen Mitarbeitenden die Stunden wieder gutschreiben. Von sich aus.» Doch das tut sie nicht. Sie hat den Mitarbeitenden die Gutschrift lediglich «angeboten», wie ein Sprecher auf Anfrage schreibt. Heisst:

Nur wer die Stunden verlangt, bekommt sie zurück.

Nur wer die Stunden ausdrücklich verlangt, bekommt sie zurück. Robischon kritisiert: «Dies widerspricht der Pflicht eines Arbeitgebers, alle Mitarbeitenden gleich zu behandeln.»

ANGST. Domenik Seiwald sagt, nach der Cyberattacke hätten sich viele Mitarbeitende nicht für ihr Recht gewehrt, weil sie Angst hatten, dann ihre Stelle zu verlieren. Er vermutet, dass die Firmenleitung diese Angst jetzt erneut ausnutze. «Einige in der Firma fragen sich jetzt sicher: Führen sie wohl eine Liste mit denen, die ihre Stunden zurückverlangen?» Einen Einblick in die Methoden, welche die

Firmenleitung anwendet, gibt ein internes E-Mail. Es stammt vom März 2024. Kurz zuvor hatte das Arbeitsgericht Zofingen Seiwalds Klage in erster Instanz teilweise gutgeheissen. Schon damals machte der Standortleiter den Mitarbeitenden das «Angebot»: Wer abgezogene Stunden zurückwolle, solle sich bei der Personalabteilung melden.

AUSGRENZUNG. Im gleichen Mail versucht der Kadermann aber, ein Wir-Gefühl zu beschwören, indem er einen vermeintlichen Abweichter ausgrenzt – und keine Zweifel offenlässt, was er von guten Mitarbeitenden erwartet. Wörtlich

schreibt er: «Während die überwiegende Mehrheit von uns diese für Siegfried ausserordentlich schwierige Situation verstanden und unsere Massnahmen mitgetragen hat, ist ein einzelner Angestellter gerichtlich gegen die Regelung vorgegangen.» Und er kritisiert, dass «eine Einzelperson auf dem Gerichtsweg gegenüber den vielen Kolleginnen und Kollegen, die Siegfried in der Not-



lage unterstützt haben, einen Vorteil erhält».

Ob solcher Äusserungen kann Unia-Mann Robischon nur den Kopf schütteln. Der angebliche «Vorteil» sei ja bloss die Korrektur des Unrechts, das die Firma mit ihren Stundenabzügen angerichtet habe. «Und ob dieser rechtmässige Zustand nur für einzelne oder für alle wiederhergestellt wird – das hat jetzt allein Siegfried in der Hand.» (che)

«Heldin» ist im Oscar-Rennen

BERN. Die Schweiz schickt die «Heldin» ins Rennen für den Oscar. Der Spielfilm der Regisseurin Petra Volpe («Die göttliche Ordnung») zeigt die Hektik und Erschöpfung einer Pflegefachfrau in ihrem Arbeitsalltag in einem Kantonsspital. Im Dezember 2025 wird die Academy in Hollywood bekanntgeben, ob «Heldin» als einer von fünf internationalen Filmen für den Oscar nominiert wird. Bereits über 200 000 Personen haben den Film in den Schweizer Kinos gesehen. Auch in Deutschland und Österreich ist der Film ein grosser Erfolg.

22. November: Nationale Kundgebung des Pflegepersonals

Vier Jahre sind seit dem deutlichen Ja der Bevölkerung zur Pflegeinitiative vergangen. Die bisherigen Vorschläge des Bundesrates zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege reichen jedoch bei weitem nicht aus. Deshalb organisiert die Unia zusammen mit einer breiten Allianz von Organisationen und Berufsverbänden eine nationale Pflegedemo. Jetzt die Demo am 22. November unterstützen. Mehr Infos über den Link: rebrand.ly/pflege-demo

Psychische Gesundheit für alle!

BERN. Mehrere Tausend Personen demonstrierten am 16. August in der Berner Altstadt und vor dem Bundeshaus für eine bessere psychologische Grundversorgung in der Schweiz. Das Kollektiv Psychische Gesundheit Schweiz hat die Demo organisiert. Die Psycho-



DEMO: Ab nach Bern! FOTO: KEYSTONE

therapeutinnen und Psychotherapeuten des Kollektivs fordern zusammen mit der Gewerkschaft VPOD ein Ende der Zweiklassenmedizin, mehr Therapieplätze und ein faires Tarifsystem – also eine Gleichstellung der psychologischen und der medizinischen Grundversorgung.

Gewalt gegen Protestierende

BELGRAD. Seit neun Monaten demonstrieren grosse Teile der Bevölkerung in Serbien gegen die Regierung von Aleksandar Vučić. Bei den Massenprotesten waren wiederholt Millionen von Menschen auf der Strasse und forderten den Rücktritt des zunehmend autoritär herrschenden Präsidenten. Jetzt reagiert die Regierung mit immer mehr Gewalt gegen die Proteste. Und Vučić droht mit noch mehr Verhaftungen und «mit allem, was ihm zur Verfügung steht».

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Baumeister provozieren mit Gaga-Forderungen: 6-Tage-Woche und Gratis-Überstunden!



AUCH GOTTHARD-MINEURE BETROFFEN: Der Baumeisterverband will zuschlagsfreie Samstagsarbeit und noch mehr Gratis-Überstunden. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Eine offene Kriegserklärung ist es zwar noch nicht. Aber eine maximale Provokation der hart arbeitenden Bauleute auf jeden Fall! Die Rede ist vom Wunschkatalog des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) für den neuen Landesmantelvertrag (LMV), der Ende Jahr ausläuft. Unter

«Die Baumeister attackieren den LMV mit der Abrissbirne.»

NICO LUTZ, UNIA-SEKTORLEITER BAU

Branchenkennern ist unbestritten: Ein neuer LMV muss die Arbeitsbedingungen schützen und aufwerten. Doch geht es nach dem SBV, sollen die Bauleute künftig im Gegenteil unter einem noch härteren Regime chranpfen. Sie fordern unter anderem Arbeitswochen bis 50 Stunden ohne Zuschläge, Arbeit auf Abruf, eine 6-Tage-Woche, die Streichung der Mindestlöhne für gelernte Bauarbeiter, keine Lohnerhöhungen mehr für die Gesamtbranche, und bei Krankheit soll es

nur noch 80 Prozent vom Lohn geben statt wie heute 90 Prozent.

Nico Lutz, Unia-Sektorleiter Bau, sagt: «Statt die drängenden Probleme der Branche anzugehen, attackieren die Baumeister den LMV mit der Abrissbirne!» So extrem wie diesmal seien die Forderungen noch nie gewesen. Und Unia-Co-Leiter Bau Chris Kelley ergänzt: «Wir wollten seriöse Verhandlungen auf Augenhöhe, auch um die Personalkrise zu lösen, doch stattdessen schlagen die Meister pures Gift für die Branche vor.» Kelley betont zudem: «Schon heute verlässt jeder zweite Maurer die Branche, und viel zu wenige Junge kommen nach.» Das sei auch dem SBV bewusst. Doch statt den Beruf attraktiver zu machen, wolle der SBV nun die Mindestlöhne für Gelernte streichen. Die nächste Verhandlungsrunde ist am 28. August.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/gaga-forderungen

SVP-Fischhändler macht Konkurs: Staat soll blechen

Die Zahner Fischhandel AG ist pleite und streicht 18 Jobs. Schuld sei die Covidpandemie, behauptet Chef und SVP-Politiker Bernhard Zahner. Gegen ihn erhoben Mitarbeitende 2023 schwerste Vorwürfe. Etwa Verkäufer Fritz Merki* (Name geändert): «Immer wieder mussten wir tiefgekühlten Fisch umetikettieren und mit einem neuen Datum versehen.» Ein Marktfahrer erlitt sogar eine Lebensmittelvergiftung nach dem Verzehr abgelaufener Crevetten. Doch es wurde noch schlimmer: Eine Mitarbeiterin hat in rund zwei Jahren fast 500 Überstunden angehäuft – und zwar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Kompensation durch Ferien oder Zuschläge. Und dann meldete Zahner Konkurs an. Jetzt muss die Insolvenzentschädigung einspringen, also die Arbeitslosenversicherung, was wiederum heisst: die Allgemeinheit. Aber: Die Insolvenzentschädigung deckt nur offene Lohnforderungen der letzten vier Monate ab. Wer also innert zweier Jahre 500 Überstunden akkumuliert hat, droht weitgehend leer auszugehen.



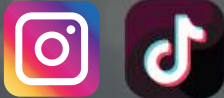
Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/pleite-zahner

Mehr Lohn und mehr freie Wochenenden

Der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) fürs Bäcker-, Konditoren- und Confiseur-gewerbe ist seit Juli in Kraft. 35 000 Berufsleute profitieren davon. Es sind neben Bäckerinnen und Confisuren auch Hilfskräfte, die Sandwiches belegen, Chauffeure und die Verkäuferinnen, die ab dem frühen Morgen die

Dumm gelaufen: Deshalb lacht das Netz über SVP-Aeschi

SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi wollte mal wieder gegen «die Ausländer» schiessen – und blamierte sich. Doch von vorne: Wer ist schuld an den steigenden Gesundheitskosten in der Schweiz? «Die Ausländer» natürlich, dachte sich Aeschi und verlangte vom Bund die Zahlen. Doch diese zeigen: Menschen ohne Schweizer Pass kosten die Krankenkassen nicht mehr, sondern weniger. Im Schnitt rund 1000 Franken pro Jahr.



@workzeitung

Kopfprämien abschaffen, jeder bezahlt KK-Prämien anteilmässig zum Einkommen. Einfach, fair und gerecht!

John Parsley

SVP, MAGA, AFD, Fidesz haben eines gemeinsam: imaginäre Sündenböcke fertig machen, null Lösung für gar nichts und Lügen.

Zoltan Doka

Und jetzt noch 300 Franken höhere Franchise, dank SVP.

Jean.Nette

Vor der eigenen Türe zu kehren kann halt zu anstrengend sein für Rassisten.

Fckingtourist

Schön, wenn es Medien gibt, die noch für Klarheit und Fakten stehen.

Ghettolauch

Einmal mehr «gut gebrüllt» und viele glauben es.

Jacob Auer

Tja, das ging nach hinten los.

Barbara L. Gauhl



Kundschaft bedienen. Es gibt nicht nur mehr Lohn und Zuschläge, sondern auch mindestens zwölf freie Wochenenden. Eine Verkäuferin erzählt bei work, wie wichtig das für sie ist.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/bäcker-gav

Stolpersteine für Partisanen

1944 lieferten sich Partisanen an der Schweizer Grenze ein Gefecht mit einer faschistischen Spezialeinheit. Die

Schweiz öffnete die Grenze für die Verfolgten. Doch es gab Tote und Verletzte. Jetzt erinnern im Onsernonetal Stolpersteine an die Opfer des Faschismus. An der Zeremonie zur Einweihung des Mahnmals nahmen unter anderem alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, der frühere Unia-Co-Präsident Andreas Rieger, die Tessiner Regierungsrätin Marina Carobio Guscetti, der Historiker Jakob Tanner sowie Angehörige der Familien der Opfer teil.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/onsernone

Gegendarstellung der Orell Füssli Thalia AG

In der work-Zeitung vom 27. 2. 2025 wurde in einem Artikel mit dem Titel «Orell Füssli geht gegen Medien und Mitarbeitende vor» ein Link zu einem weiterführenden Online-Artikel publiziert. Zu diesem Artikel wurde eine gerichtliche Gegendarstellung angeordnet. Sie finden diese hier:



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/fuessli

Unia-Industriechef Yves Defferrard (59) zum US-Zoll «Jetzt nur nicht in Panik verfallen»

Für Yves Defferrard ist der neue US-Zoll kein Grund zur Panik. Mehr Sorgen bereiten ihm die Arbeitgeber und die Verhandlungsführung des Bundesrates.

IWAN SCHAUWECKER

work: Herr Defferrard, wie war Ihre erste Reaktion auf den neuen US-Zoll für die Schweiz?

Yves Defferrard: Dieser Zoll von 39 Prozent ist natürlich sehr ärgerlich, denn er benachteiligt die Schweizer Industrie einseitig und auf eine willkürliche Weise. Aber wir sollten nicht in Panik verfallen. Ich kenne die Schweizer Industrie seit 30 Jahren und habe schon verschiedene Krisen miterlebt. Vom starken Franken ist die ganze Exportwirtschaft betroffen. Hier sprechen wir nur von den Exporten in die USA, das betrifft 17 Prozent der exportierten Produkte. Diese Zahl ist wichtig und wurde in den letzten Wochen häufig übertrieben.

Der Arbeitgeberverband Swissmem spricht von einem «Horrorzenario». Ist das alles Panikmache?

Es ist auf jeden Fall nicht so katastrophal, wie dies Swissmem und Unternehmerkreise darstellen. Sie wollen von der Krise profitieren und fordern Deregulierung – und meinen damit die Erhöhung der Arbeitszeit, weniger Auflagen, weniger Steuern. Es ist das klassische Programm der Rechten. Das geht nicht!

Sie befürchten also nicht den Verlust von Zehntausenden von Arbeitsplätzen?

Wenn es zu Entlassungen kommt, werden wir dies genau analysieren und bei Bedarf dagegen ankämpfen. Der

«Unternehmerkreise wollen von der Krise profitieren.»

UNIA-MANN YVES DEFFERRARD

haben in der Schweiz zum Glück das Mittel der Kurzarbeit. So zahlt die Arbeitslosenkasse einen Grossteil der Löhne von Unternehmen, die zwischenzeitlich in Schwierigkeiten sind. Wir fordern zusammen mit den Arbeitgebern die Ausweitung der Maximalbezugsdauer von 18 auf 24 Monate. In dieser Zeitspanne können auch neue Absatzmärkte gefunden werden, um die Abhängigkeit von US-Exporten zu reduzieren.

Also sollte man sich in der Schweizer Industrie einfach mit diesem neuen Zoll abfinden?

Nein, man sollte mit den USA auf jeden Fall weiterverhandeln, aber ohne die Auslagerung von Stellen und ohne Versprechen von Milliardeninvestitionen in den USA. Zudem gibt es bei der Anwendung der Zölle auch noch Spielraum. Die Unternehmen haben zum Teil Lagerbestände in den USA angelegt, oder sie können die Zollbelastung mit «tariff engineering» reduzieren.

Was ist «tariff engineering»?

Zum Beispiel müssen Serviceleistungen oder Lizenz- und Markenrechte nicht verzollt werden, wenn sie von den exportierten Produkten abgegrenzt werden können. Die grossen Firmen haben eigene Abteilungen, um ihre Zollbelastung so zu reduzieren. Kleine und mittelgrosse Unternehmen sind hier benachteiligt. Der Bund sollte dafür sorgen, dass auch sie entsprechende Beratungen der staatlich finanzierten Exportförderung in Anspruch nehmen können.

Und wie kann die Unia die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie in dieser Situation unterstützen?

Wir sind sehr nah dran über unsere Regionen, und diese Woche organisieren wir ein nationales Treffen für die Personalvertretungen aus



YVES DEFFERRARD KRITISIERT DEN BUNDESRAT: «Die einseitige Beteiligung von Konzern- und Finanzinteressen ist ein No-Go! Die Gewerkschaften müssen auf jeden Fall einbezogen werden.» FOTO: MARCO ZANONI

der Industrie. Dort zeigen wir, wie die Personalkommissionen mit den Geschäftsleitungen verhandeln können, und informieren über die Möglichkeiten der Kurzarbeit.

Und welche politischen Forderungen hat die Unia an den Bundesrat?

Zusammen mit dem SGB fordern wir ein Treffen zwischen den Sozialpartnern und der Regierung. Der Bundesrat darf nicht allein oder nur mit den Arbeitgebern nach Lösungen suchen. Die bisherige Verhandlungsführung mit dem «Team Switzerland» und der einseitigen Beteiligung von Konzern- und Finanzinteressen ist ein No-Go! Die Gewerkschaften müssen auf jeden Fall einbezogen werden.

Eine langjährige Forderung der Gewerkschaften ist auch eine staatliche Industriepolitik: Gibt es da noch Hoffnung?

Im Kanton Waadt haben wir eine sozialpartnerschaftliche Industriepolitik, und auch in Genf führen wir Gespräche mit den Chefs von Industriebetrieben und der Regierung. Im Fall von Stahl Gerlafingen und Swiss Steel hat das Parlament auch auf nationaler Ebene für die staatliche Unterstützung einer Schlüsselindustrie gesorgt.

Dennoch gibt es vom Bundesrat weiterhin keine aktive Industriepolitik...

Leider nein! Für eine richtige Industriepolitik

bräuchte es Überlegungen, was kurzfristig, mittelfristig und langfristig gemacht werden muss. Es braucht einen politischen Willen, der den Industriesektor in der Schweiz erhalten will. Und es braucht eine richtige Analyse mit den Sozialpartnern über die Unternehmen und Produkte, die für die Schweiz unverzichtbar sind. Wir haben mit dem Krieg in der Ukraine weiterhin eine Situation, die sehr fragil ist, und auch Covid hat gezeigt, wie schnell Versorgungsprobleme entstehen können. Wir brauchen nicht nur ein Bundesamt für Landwirtschaft, wir brauchen endlich auch eines für Industrie. Und es braucht einen Fonds für diejenigen Industrien, die uns wichtig sind.

Gibt es Vorbilder für solche Staatsfonds?

Ja, Japan und Singapur haben starke Staatsfonds. Und auch in den USA werden Industrieunternehmen staatlich finanziert. In der Schweiz haben wir auch ein Unternehmen, das durch den Staat finanziert wird und halbprivat ist: Das ist der Waffenfabrikant Ruag. Warum kann man das im militärischen Bereich machen und nicht für den Klimaschutz? Und warum investieren wir mit unserer Nationalbank weiterhin Milliarden in die Aktien von US-Unternehmen statt in den ökosozialen Umbau und Arbeitsplätze in der Schweiz?

Diese Fragen müssen wir uns heute stellen! Und der Bundesrat muss endlich die richtigen Antworten geben.

Uhrenindustrie «Druck auf die Löhne»

Uhrenarbeiter Dario Danilo* (49) aus dem Kanton Neuenburg berichtet, was die Kurzarbeit und der Zoll-Wahnsinn für ihn bedeuten:

«Ich bin bei einem Zulieferer für Luxusuhren im Kanton Neuenburg angestellt. Weil wir zu wenig Aufträge hatten, konnte ich ab Juli nicht mehr in der Nachtschicht arbeiten. Die Firma hat auch Dutzende Leute entlassen. Seit Anfang August sind alle Mitarbeitenden in Kurzarbeit, und in der zweiten Hälfte des Monats arbeiten wir lediglich halbtags. Wenn ich wegen der Kurzarbeit zu Hause bleiben muss, erhalte ich 80 Prozent meines Lohnes. Vom Unternehmen gibt es keine Kompensation für den Lohnausfall. Da meine Frau kein Einkommen hat, leben wir mit



IN KURZARBEIT: In der Uhrenindustrie herrscht Unsicherheit. FOTO: KEYSTONE

unseren beiden Kindern jetzt finanziell am untersten Limit.

ANGST. Die Situation mit der Kurzarbeit macht den Leuten im Betrieb Angst. Immer am Ende des Monats befürchten wir weitere Entlassungen. Es gibt auch viele Gerüchte. Die 39 Prozent Zoll für die Exporte in die USA schaffen noch mehr Unsicherheit. Die Arbeitgeber machen Druck auf die Löhne und fordern die Erhöhung der Arbeitszeiten, was ich skandalös finde. Bei den Verhandlungen zum neuen MEM-GAV haben die Arbeitgeber das ja auch schon probiert. Ich befürchte, dass dieser Druck zur Erhöhung der Arbeitszeit jetzt auch in der Uhrenindustrie stärker wird. Wir müssen wachsam bleiben!

Bei der Unia bin ich seit 30 Jahren Mitglied und inzwischen auch Delegierter bei der Branchenkonferenz. Mit der Unia sind wir auch in Kontakt und sprechen über die neuen US-Zölle. Ich befürchte,

«Wir sind als Gewerkschafter nicht geschützt.»

dass die antigewerkschaftliche Stimmung von den Chefs

in den Betrieben stärker werden wird. Wir haben das Problem, dass wir als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen immer noch nicht ausreichend gegen Entlassungen geschützt sind. Bei meinem früheren Arbeitgeber, der Swatch Group, hat man mich aus gewerkschaftsfeindlichen Gründen entlassen. Der Fall ist noch immer vor Gericht.

SCHWEIGEN. Kein Wunder, getrauen sich viele meiner Kollegen nicht, etwas Kritisches zu sagen. Es ist paradox: In der Zivilgesellschaft darf man alles sagen, aber in den Unternehmen ist es ganz anders, da herrscht eine Stimmung der Angst und des Schweigens. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum Erfolg von «Swiss made» beitragen, sollten einen umfassenden Kündigungsschutz erhalten. Das gilt besonders für uns Gewerkschafter, die Kolleginnen und Kollegen vertreten und verteidigen. Ich bin auch der Meinung, dass wir die Wiedereinstellung von zu Unrecht entlassenen Personen fordern und gesetzlich garantieren sollten. Denn ohne dieses Recht gibt es keine echte Sozialpartnerschaft.» (isc)

* Name der Redaktion bekannt

Ein kleines Glossar zu einem grossen Thema

Zölle: Was wann und wenn warum?

Zoll ist nicht Zoll. Und nicht jeder Zoll wirkt gleich. Aber praktisch immer bleibt die Rechnung an jenen hängen, die sie sich am wenigsten leisten können.

CLEMENS STUDER

Das Wichtigste zuerst: Wer zahlt?

Rein rechtlich ist die Sache klar: Der Importeur – also das Unternehmen, das Waren ins Land bringt – bezahlt die Zollgebühren an der Grenze. In der Praxis landen diese Kosten fast immer beim Endverbraucher. Unternehmen schlagen Zölle schlicht auf ihre Verkaufspreise. Wie stark Konsumentinnen und Konsumenten die Last spüren, hängt davon ab, wie leicht sie auf Alternativen ausweichen können. Bei unabdingbaren Gütern ohne heimische Konkurrenz tragen Kunden die volle Zolllast. Bei Produkten mit vielen Alternativen müssen Importeure unter Umständen einen Teil der Kosten selbst schlucken. Haushalte mit kleinem Budget spüren Zölle besonders deutlich. Oder bestimmte Waren sind nicht mehr erhältlich.

Die Finanzzölle

Die einfachste Form des Zolls dient einzig der Geldbeschaffung. Finanzzölle erheben Staaten, um ihre Kassen zu füllen – ähnlich wie andere Steuern. Besonders beliebt sind dabei Luxusgüter: teure Schweizer Uhren im Ausland, exklusive Spirituosen oder Designerhandtaschen. Der Gedanke dahinter ist simpel: Wer sich solche Güter leisten kann, verkraftet auch zusätzliche Kosten. Für den Staat bedeutet das Millioneneinnahmen bei relativ geringem Widerstand. Problematisch wird es allerdings, wenn Finanzzölle auf alltägliche Produkte erhoben werden – dann verteuern sich Grundgüter, und die Belastung trifft breite Schichten der Bevölkerung.

Die Schutzzölle

Deutlich politischer sind Schutzzölle, die darauf abzielen, einheimische Unternehmen vor günstiger Konkurrenz aus dem Ausland zu bewahren. Ein aktuelles Beispiel liefert die Automobilindustrie: Die EU plant hohe Zölle auf chinesischen Elektroautos, um europäische Hersteller wie BMW oder VW zu schützen. Der Grund: Chinesische Produzenten können ihre Fahrzeuge dank staatlicher Subventionen deutlich günstiger anbieten.

In der Schweiz sind Schutzzölle in erster Linie bei den Bauern beliebt. Nirgendwo sonst sind die Agrarzölle so hoch: Rindfleisch aus Argentinien kann mit Aufschlägen von über 200 Prozent belegt sein, auch Käse, Butter oder Milchpulver sind stark geschützt und je nach Saison Früchte und Gemüse. Für Konsumentinnen und Konsumenten bedeutet das allerdings deutlich höhere Preise im Alltag – vom Steak auf dem Grill bis zum Parmesan im Kühlschrank. Für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen ist dieser Bauernschutz eine teure Sache.

Ähnlich war es in der Solarindustrie. Jahrelang versuchte Europa, chinesische Solarpanels mit Zöllen von bis zu 64 Prozent abzuwehren. Das Resultat fiel zwiespältig aus: Während europäische Hersteller teilweise überlebten, bezahlten Hausbesitzer deutlich mehr für ihre Solaranlage – was den Klimaschutz bremste.

Erziehungszölle

Vor allem sogenannte Entwicklungsländer setzen auf Erziehungszölle, um neue Industrien aufzubauen. Das Prinzip: Durch hohe Abgaben auf Importprodukte wird die heimische Konkurrenz künstlich konkurrenzfähig gemacht. Brasilien beispielsweise schützte jahrzehntelang seine Automobilindustrie durch hohe Importzölle. So entstanden lokale Fabriken von VW, Ford und anderen Herstellern.

Auch die Schweiz griff im 19. Jahrhundert zu diesem Instrument. Die junge Textil- und Maschinenindustrie im Rheintal, im Aargau oder in Zürich wurde mit hohen Zöllen gegen britische Konkurrenz abgeschirmt. Ebenso profitierte die Uhrenbranche: Abgaben auf ausländische Zeitmesser halfen, das «Watch Valley» im Jura aufzubauen. Diese Politik legte das Fundament für Industriezweige, die später weltweit führend wurden.

Vergeltungszölle: Wenn Handelskriege entstehen

Vergeltungszölle sind der Kindergarten der Handelspolitik. Erhebt ein Land Abgaben, schlägt das betroffene Land oft mit eigenen Zöllen zurück. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China unter Präsident Trump ist ein Lehrbuchbeispiel: Zölle auf chinesische Waren führten zu Gegenzöllen auf US-Agrarprodukte. Technisch läuft es gleich wie bei allen Zöllen: Unterneh-

men zahlen an der Grenze, kalkulieren die Abgabe in den Preis ein – und im Supermarkt wird es teurer. Handelskriege treffen deshalb nicht nur Grosskonzerne, sondern auch die Haushalte und jene mit schmalen Budget besonders.

Antidumpingzölle

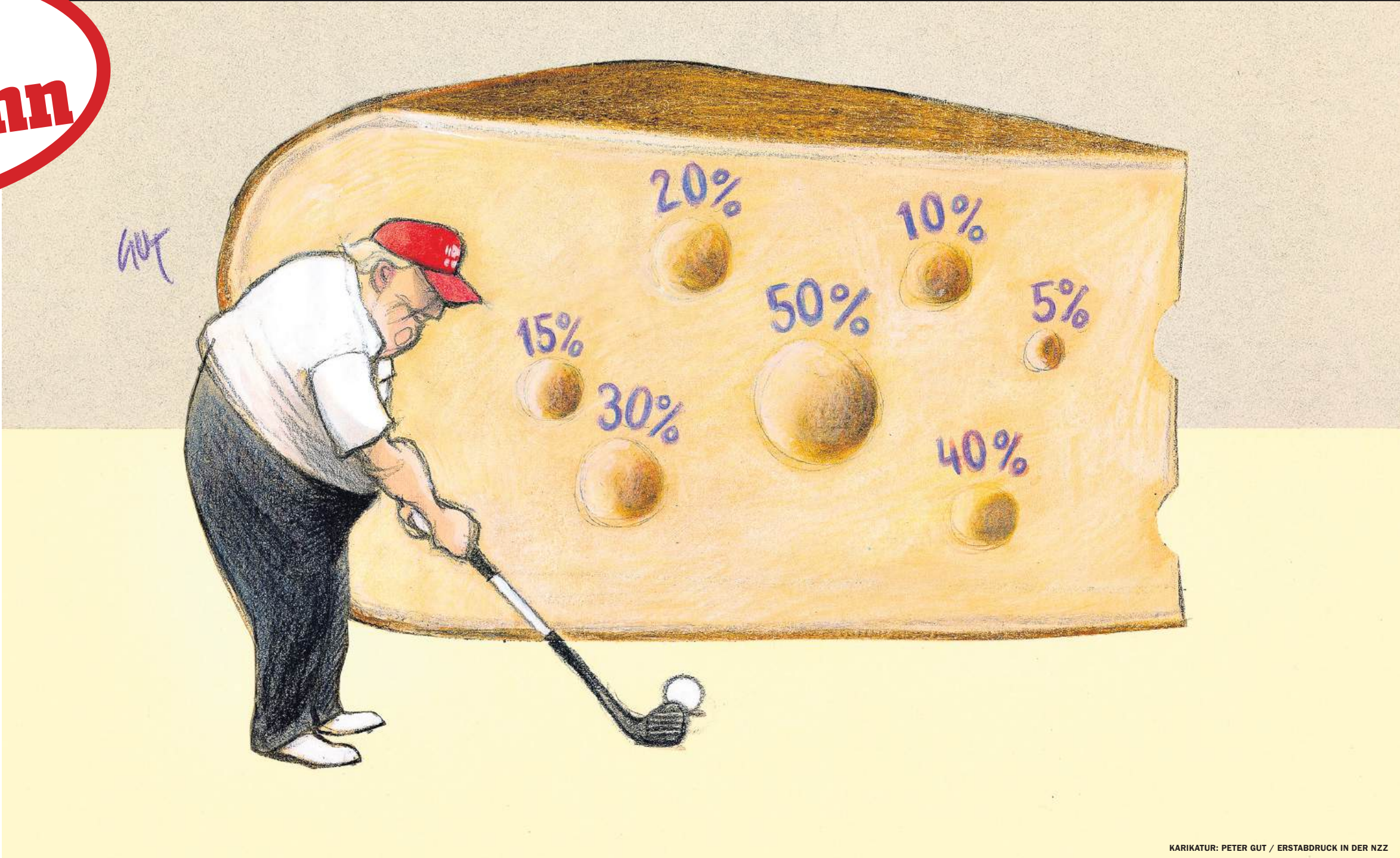
Verkauft ein ausländisches Unternehmen seine Waren unter Herstellungskosten – sogenanntes Dumping –, können Antidumpingzölle verhängt werden. Dies geschah etwa beim chinesischen Stahl: Produzenten überschwemten den Weltmarkt mit subventioniertem Billigstahl und drängten europäische Stahlwerke an den Rand des Ruins. Die EU reagierte mit Abgaben von bis zu 73 Prozent. So liessen sich Arbeitsplätze retten.

Strafzölle

Zölle dienen auch als politisches Druckmittel. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine übernahmen westliche Länder umfassende Strafzölle gegen Russland – die Schweiz schloss sich an. Ziel: Russland wirtschaftlich isolieren und zum Einlenken zwingen. Nebenwirkung: steigende Preise im Inland. Auch hier gilt: Unternehmen reichen die Kosten weiter, und die Haushalte tragen die Last.

Das zweischneidige Schwert

Zölle bleiben damit ein zweischneidiges Schwert: Sie können heimische Industrien schützen und Staatseinnahmen generieren, verteuern aber fast immer das Leben für die Konsumentinnen und Konsumenten. Die tatsächliche Lastverteilung hängt von der Art des Produkts ab: Bei Luxusgütern können die potentiellen Kundinnen und Kunden ausweichen. Bei lebensnotwendigen Gütern wie Medikamenten, Strom oder Heizmaterial werden die Abgaben praktisch vollständig weitergereicht. Das trifft die Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen besonders hart. Auch für die Gewerkschaften sind Zölle seit je und bis heute ein zweischneidiges Schwert: Als Schutzschild können sie akzeptiert werden, wenn es um Arbeitsplätze, faire Löhne oder Umweltstandards geht – doch sie bleiben suspekt, sobald sie bloss den Profit einzelner Branchen absichern und diese Last einseitig zulasten der Kaufkraft der Búezerrinnen und Búezergelt.



KARIKATUR: PETER GUT / ERSTABDRUCK IN DER NZZ

Der selbsternannte Sonderfall Schweiz zappelt in der Sonderfalle Keller-Sutter blamiert sich mit Trump-Anbiederung

US-Präsident Donald Trump verhängt für Schweizer Produkte 39 Prozent Zoll. Die Anbiederungsstrategie von SVP und FDP ist brutal gescheitert. Jetzt wollen sie Schweizer Lohnabhängige dafür blechen lassen. Und himmeln Trump weiter an.

CLEMENS STUDER

Gedacht haben sich das die absolute SVP/FDP-Mehrheit im Bundesrat und die Tenöre ihrer Parteien ganz anders. Denn schliesslich «tendieren» sie zu Trump (Albert Rösti), haben «in den Weihnachtstferien sein Buch gelesen» und sowieso «den Zugang zu Trump gefunden» (Karin Keller-Sutter). Die Linken sollen jetzt einfach mal aufhören, den US-Präsidenten zu kritisieren, dann komme das gut oder sogar sehr gut. Selbst den Werbespot von US-Vizepräsident J.D. Vance für die rechtsextreme «Alternative für Deutschland» lobte Karin Keller-Sutter als «sehr schweizerisch». Und Noch-FDP-Präsident Thierry Burkart wurde nicht müde, zu betonen, wie froh er sei, dass eine Vertreterin seiner Partei mit Trump telefoniere und kein linker Mensch.

KELLER-SUTTER TELEFONIERT...

Und dann telefonierte Karin Keller-Sutter noch einmal mit Trump. Und der schüttelt ausgerechnet am 1. August 39 Prozent Zölle für Schweizer Produkte aus dem Ärmel. Geträumt und hinter vorgehaltener Hand geblüfft haben Keller-Sutter & Co. von und mit 10 Prozent. Bei der EU, die der Bundesrat über- beziehungsweise untertrump-

fen wollte, begnügt sich der Pate im Weissen Haus mit 15 Prozent. Schlechter als die Schweiz fahren derzeit nur Brasilien (50 Prozent), Syrien (41 Prozent), Laos und Myanmar (je 40 Prozent).

...UND LÄSST RAUEN

10 Prozent wollte Keller-Sutter verkünden. Stattdessen putzte Trump sie am Telefon ab, verspottete sie öffentlich und erklärte, er kenne sie gar nicht. Peinlich für Keller-Sutter, so peinlich offenbar, dass sie aus lauter Schreck gleich mal mehr oder weniger subtil das Staatssekretariat für Wirtschaft verantwortlich machen wollte. Später ruderte sie dann zurück. Und unterdessen lässt der Keller-Sutter-Fanclub über geeignete Medien neue Heldinnengeschichten verbreiten und von der grossen Verschwörung aus dem Justizdepartement und dem Aussen-departement gegen die Finanzministerin raunen. Fakt ist: Dieses Verhandlungsergebnis ist eine schallende Ohrfeige für die Trump bewundernde SVP/FDP-Mehrheit im Bundesrat.

NERVEN NICHT VERLIEREN

Fakt ist auch: Die absurden 39 Prozent Zoll sind für betroffene Unternehmen eine Herausforderung und gefährden Zehntausende von Jobs. Doch die Firmen haben starke Produkte, einen exzellenten Marktzugang – und sie können einen grossen Teil der Belastung über höhere Preise weitergeben. Selbst chinesische Billigproduzenten haben das in der ersten Trump-Runde geschafft.

Dazu kommen technische Möglichkeiten wie «tariff engineering»: Dienstleistungen, Software, Lizenzen oder Markenrechte können so abgerechnet werden, dass sie nicht verzollt werden. Auch in den Lieferketten gibt es Spielräume, die grosse Konzerne bereits nutzen. Für kleinere Firmen muss der Bund Unterstützung bereitstellen. Zentral ist, dass für Firmen, die ihr Exportmodell anpassen müssen, das bewährte

Instrument der Kurzarbeit ausgebaut wird. Und zwar auf 24 Monate. Darüber kann das Parlament in der nächsten Session bereits entscheiden, weil die Unia zusammen mit dem Arbeitgeberverband Swissmem vorausschauend einen entsprechenden Vorstoss bereits in den politischen Prozess eingebracht hat (siehe auch Interview mit Unia-Industriechef Yves Defferrard auf Seite 5).

DURCHSICHTIGE MANÖVER

Ebenfalls auf dem falschen Fuss erwischt hat Keller-Sutters Misserfolg die Arbeitgeberverbände. Doch diese haben sich schnell gefangen und versuchen, den Zollhammer von Trump auszunutzen, um die Arbeitnehmerrechte in der Schweiz weiter auszuhöhlen. Und natürlich die Steuern für Superreiche und Konzerne zu senken. Von den marktradikalen Dauerbrennern scheint – bis jetzt zumindest – einzig die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten noch nicht als Massnahme zur Abfederung der Trump-Politik aufgetaucht zu sein. Sogar die Einführung der 13. AHV-Rente greifen bürgerliche Exponenten an. Die Gewerkschaften geben energisch Gegensteuer. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt: «Trumps Zollwahnsinn darf nicht Vorwand sein, den Arbeitnehmerschutz in der Schweiz noch weiter zu schwächen.»

WEIL ER KANN...

Ein Sinnbild des 1. August 2025: Während SVP-Präsident Marcel Dettling die Bilateralen III verbrennt und unter Verwendung einer Hellebarde einen Cervelat wärmt, schüttelt SVP-Idol Trump mal eben 39 Prozent Zölle für Schweizer Produkte aus dem Ärmel. Warum? Weil er es kann. So wie er nach eigenen Angaben Frauen zwi-

schen die Beine fassen kann, weil er reich und mächtig ist. So wie er Menschenjagden auf Migrantinnen und Migranten veranstalten kann. So wie er die Statistik-Chefin entlassen kann, weil ihm die Zahlen nicht passen. So wie er Brasilien als einem von vier Ländern einen noch höheren Zoll aufs Auge drückt als der Schweiz, weil dort sein kryptofaschistischer Kumpel und Putschist Jair Bolsonaro vor Gericht gestellt wird. So wie er «woke» verbieten kann. So wie er unbotmässigen Universitäten das Geld streichen kann. So wie er sich um Urteile foutieren kann.

...WIE SIE GERN MÖCHTEN

Das alles macht der SVP – und beileibe nicht nur ihr – enormen Eindruck. Es ist ihr Programm. Darum hat es so viele Trump-Fans in der Partei. Der irrlichternde Autokrat im Weissen Haus kann die Schweiz triezien, wie er will, er bleibt der Held, solange er nur alles «Linke» noch mehr triezt. Mehr noch: Mit der naiven Bewunderung des schwächtigen Zweitklässlers für den prügelnden und böbelnden Neuntklässler wollen sie ihm geben, was immer er will. Während die SVP bei jeder Anfrage unserer europäischen Nachbarn einen Knechtungsversuch wittert, unterwirft sie sich Trump noch so gern tatsächlich, mit Anlauf und ganz freiwillig.

AUS DER SONDERFALLE

Doch die Anbiederung der SVP/FDP-Bundesratsmehrheit an Trump ist krachend gescheitert. Mehr noch: Sie schadet der Schweiz massiv. Auch weil es die Regierung besonders schlau fand, sich von den europäischen Nachbarn zu distanzieren, um einen besseren Deal vom Autokraten im Weissen Haus zu bekommen. Man könnte diese Blamage durchaus als Chance sehen, sich vom Sonderfall-Mythos zu verabschieden, der längst eine Sonderfalle ist.

Was bisher geschah Trump, George III. und der Tee

Donald Trump inszeniert sich gern als Hüter ur-nordamerikanischer Werte. Aussenhandelspolitisch jedoch führt er die Vereinigten Staaten zurück in jene Zeiten, aus denen sie einst flohen. Seine Zollpolitik macht ihn zum modernen George III.

CLEMENS STUDER

Am 16. Dezember 1773 kippten mehr schlecht als recht als Mohawk-Indianer verkleidete Bostoner Bürger 342 Kisten Tee ins Hafenbecken. Ihr Protest richtete sich nicht gegen das Getränk selbst,



BOSTON TEA PARTY: Protest gegen die britische Krone. FOTO: ALAMY

sondern gegen die Willkür der britischen Krone, die ohne jede Mitsprache Zölle verhängte. Ihr Schlachtruf: «No taxation without representation» – keine Besteuerung ohne Vertretung. Und wurde zu einem Fanal für die amerikanische Revolution. Die Boston Tea Party war dabei kein folkloristischer Maskenball, sondern eine diszipliniert geplante Aktion gegen ein System, das Handel abschnitt und politische Rechte verweigerte.

Trump untergräbt die republikanischen Grundpfeiler.

Die US-Gründungsväter zogen daraus die Konsequenz: In der Verfassung von 1787 teilten sie die Macht klar auf Legislative, Exekutive und Judikative. Kein Präsident sollte je wieder wie ein Monarch allein über Steuern und Zölle bestimmen dürfen.

FÜR TRUMP EIN BLANKOCHECK

Heute jedoch deutet Trump den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977 als Blankocheck. Dieses Gesetz, das ursprünglich für Krisenlagen gedacht war, erklärt er zum Ermächtigungsinstrument, das ihm erlaube, nach Belieben Zölle gegen jedes Land zu verhängen – aus nahezu jedem Grund.

Damit handelt er nicht als Verteidiger, sondern als Zerstörer des US-Selbstverständnisses. Wo einst Bürgerinnen und Bürger gegen königliche Willkür kämpften, setzt heute ein US-Präsident auf genau jene Praxis: Zölle nach Laune, ohne demokratische Legitimation, ohne parlamentarische Kontrolle.

Es war einst der britische König, der laut Unabhängigkeitserklärung «unseren Handel mit allen Teilen der Welt abgeschnitten» hat. Heute spielt der Präsident der Vereinigten Staaten selbst den König – und untergräbt dabei jene republikanischen Grundpfeiler, die aus der Revolte gegen den Tee-Monarchen geboren wurden.

Die «Sons of Liberty» würden sich im Grabe umdrehen. Oder sich wieder Federn an den Hut stecken.



DER TRUMPSCHE ZOLLHAMMER: Für Waren aus der Schweiz fallen in den USA Zölle von 39 Prozent an. FOTO: ADOBE STOCK / MONTAGE: WORK

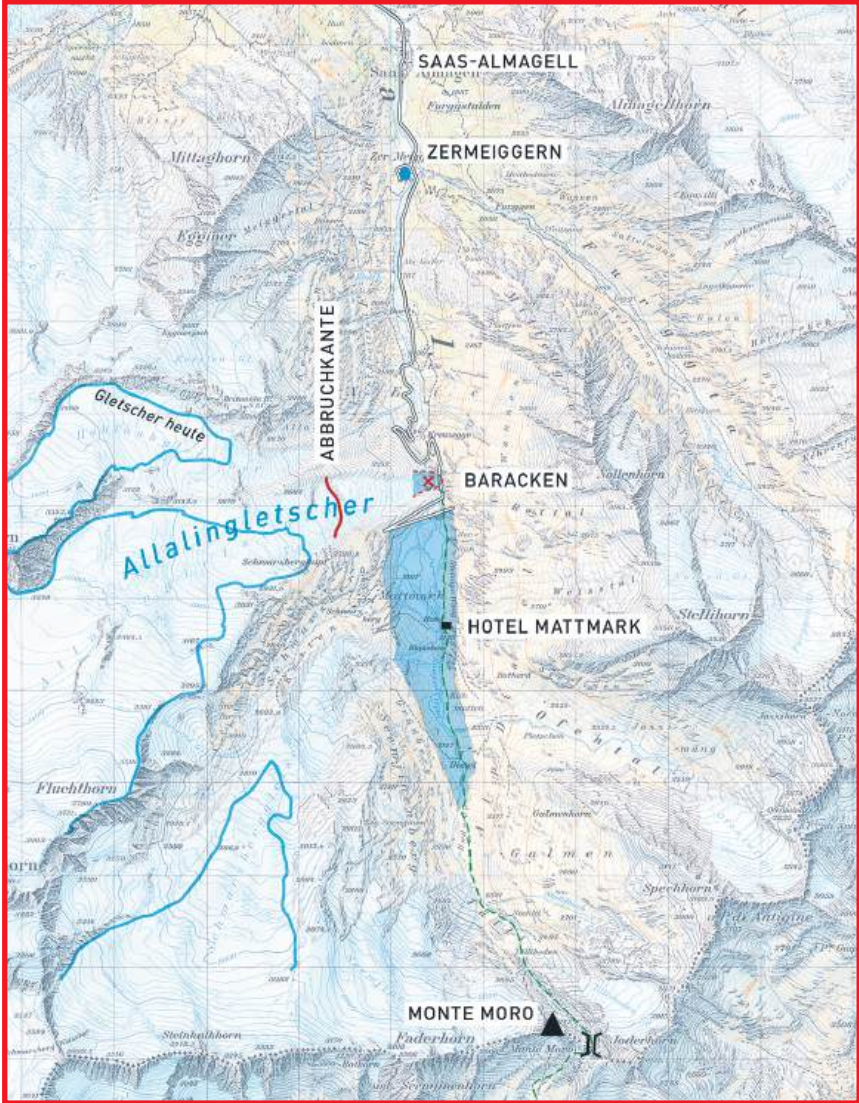
Mattmark 1965: Die Geschichte eines kollektiven Versagens

Eine Katastrophe mit Ansage

Die Katastrophe von Mattmark ist einer der grössten Baunfälle in der jüngeren Schweizer Geschichte. Historikerin Elisabeth Joris und der frühere Unia-Co-Präsident Vasco Pedrina sprechen über vergessene Frauen und Fehlteile.

work: Frau Joris, 60 Jahre nach der Tragödie erscheint Ihr neues Buch über die Tragödie von Mattmark. Was hat Sie bewogen, dieses Buch zu schreiben?
Elisabeth Joris: Als Historikerin habe ich mich schon immer für Grossprojekte interessiert, insbesondere für die Beteiligung der Frauen. 2020 führte ich eine Untersuchung im Saatal durch, um Frauen im Zusammenhang mit dem Bau des Mattmark-Staudamms und der Katastrophe sichtbar zu machen. Dann, 2022, wurden die Akten des 1972 abgeschlossenen Prozesses freigegeben, bei dem alle Verantwortlichen freigesprochen worden waren. Diese Akten bestätigen die einseitige Sichtweise der Richter. Als ich mit Vasco Pedrina über den gewerkschaftlichen Wandel diskutierte, zu dem die Tragödie von Mattmark beigetragen hat, entschieden wir uns für eine Publikation. Und so entstand «Mattmark 1965».

Welche Rolle spielten die Frauen auf der Grossbaustelle Mattmark? Auf der Baustelle des Mattmark-Staudamms arbeiteten über 1500 Búezer, die meisten von ihnen Saisonniers. Sie mussten essen, trinken, schlafen oder ihre Kleidung waschen. Für diese Dienstleistungen sorgten die Frauen. In den Kantinen arbeiteten überwiegend Italienerinnen. Sie stammten teils



WO DIE TRAGÖDIE PASSIERT IST: Die Baracken der Búezer standen direkt in der Falllinie des Allalingsgletschers. FOTO: SWISSSTORO

schäftliche Arbeit übernahmen, sowohl in Saas-Almagell als auch in der Region Belluno im Nordostens Italiens, aus der ein Grossteil der Saisonarbeiter stammte und wo die Geschäfte weitergeführt und die Kindererziehung gewährleistet werden mussten.

Das Buch befasst sich auch mit den Unterschieden in der Erinnerungskultur in der Schweiz und in Italien. Worin bestehen diese Unterschiede?
Der Unterschied ist beeindruckend. In der gesamten Region Belluno ist die Tragödie von Mattmark sehr präsent, durch Parks, Gedenktafeln und Denkmäler. Tatsächlich herrscht nach wie vor ein weitverbreitetes Gefühl der Ungerechtigkeit. Vor allem wegen des Ausgangs des Prozesses, in dem alle Verantwortlichen freigesprochen wurden. Und in dem kein Überlebender jemals als Zeuge aussagen musste, obwohl es viel zu erzählen gab. Alle wussten zum Beispiel, dass keine Sicherheitsmassnahmen eingeführt wurden, obwohl sich in den Tagen vor dem 30. August bereits Teile des Gletschers gelöst hatten. Das hat später ein Expertenbericht bestätigt. Empörung erregt aber auch die Tatsache, dass die italienischen Opfer (die mit 56 von 88 die grosse Mehrheit stellten) nie als solche wahrgenommen wurden: In den Zeitungsberichten von 1965 war von den Angehörigen die Rede, die zum Ort der Tragödie eilten, aber nicht von den Toten.

Und in der Schweiz?
In der Schweiz sind Staudämme zwar Teil der Geschichte, aber einer heroischen Geschichte. So wie der Ingenieur, der den Gotthard-Eisenbahntunnel entworfen hat, in Erinnerung bleibt und nicht diejenigen, die beim Bau ums Leben gekommen sind. Mattmark sollte der grösste Erdstaudamm Europas werden. Bei seiner Eröffnung 1969 überzog das Gefühl des Stolzes. Die Gedenksteine und -feiern sind vorwiegend Initiativen der «Associazione Bellunesi nel mondo» und der «Associazione Italia Valais».

Kann man sagen, dass in der Schweiz eine Kultur der Verdrängung der Erinnerung an die Tragödie vorherrscht?

fünfköpfigen Kantonsgericht sprachen entgegen seinem Antrag alle Angeklagten frei von jeglicher Schuld und verlangten darüber hinaus von den mehrheitlich weiblichen Angehörigen der Opfer die Zahlung der Hälfte der Prozesskosten.

Vasco Pedrina, dieses Urteil hat bei den Gewerkschaften einen Wandel in Bezug auf Arbeitssicherheit und die Migrationspolitik angestossen.
Vasco Pedrina: Der Schweizer Bau- und Holzarbeiterverband (SBHV) hatte bereits zuvor eine gewisse Sensibilität für die Migrationsfrage entwickelt. Dies im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften, die Migrantinnen und Migranten als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt betrachteten. Dank Ezio Canonica (Canonica stammte aus dem Tessin, war Journalist, SP-Politiker und Gewerkschafter, Anm.d.R.) war der SBHV in den 1960er Jahren der erste, der erkannte, dass eine Gewerkschaft solidarisch sein musste. Gleich nach der Tragödie setzte sich Canonica für die Interessen der Opfer und ihrer Familien ein. Denn das ist die Aufgabe einer Gewerkschaft. Canonica befasste sich von Anfang an mit der Sicherheit am Arbeitsplatz und noch mehr nach den Prozessen von 1972: im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), im eidgenössischen Parlament und bei der Unfallversicherung Suva. Nach dem skandalösen Gerichtsurteil bezogen sowohl der SGB wie auch Canonica klar Stellung und brachten ihre Empörung zum Ausdruck. Dies führte zu einer weiteren Verstärkung des Engagements für Fragen der Arbeitssicherheit und Kontrollen.

Und hat das zu greifbaren Ergebnissen geführt?
Etwa zehn Jahre später war ich selbst aktiv an den Reformprozessen der Gesetze zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz beteiligt und konnte feststellen, dass die Katastrophe von Mattmark – dank dem Druck der Gewerkschaften – ein Wendepunkt für die Entwicklung des Kontrollsystems auf Baustellen und in Unternehmen war.

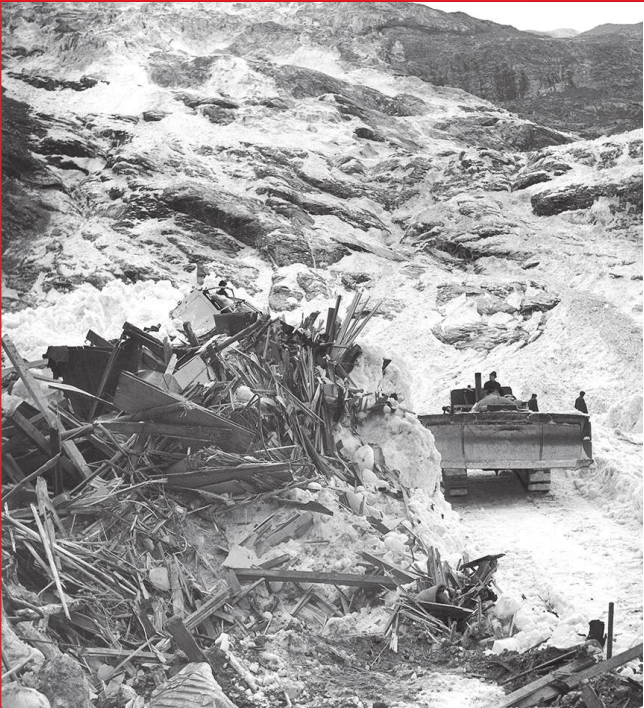
Die Tragödie brachte auch einen Wandel in der Migrationspolitik der Gewerkschaften.
Die Fortschritte im Bereich der Arbeitssicherheit waren sicherlich schneller als diejenigen in der Migrationspolitik. Mattmark war für die Gewerkschaften nur ein erster Weckruf. Der zweite kam fünf Jahre später mit der Abstimmung über die fremdenfeindliche Volksinitiative von James Schwarzenbach (Begründer des Ausländeranteils auf 10 Prozent der Bevölkerung, Anm.d.Red.). Für den Wandel in den Gewerkschaften von einer Politik der Unterstützung des menschenverachtenden Saison-



VASCO PEDRINA: Früherer Co-Präsident der Unia. FOTO: SEVERIN NOWACKI

nierstatuts hin zu einer Politik, die auf Gleichberechtigung basiert, benötigte es mehr als 20 Jahre. Und die Schweizer Politik brauchte weitere 15 Jahre, um denselben Schritt zu vollziehen (durch die Abschaffung des Saisonnierstatuts 2002, dank den bilateralen Verträgen I CH-EU. Anm.d.Red.)

Was wäre ohne diesen Wendepunkt in der Migrationspolitik aus den Gewerkschaften in der Schweiz geworden?
Ihre Krise wäre extrem schwerwiegend geworden, denn die Integration von



DIE EISMASSEN ENTFERNEN: Mit einem Bagger räumt ein Búezer die Unglücksstelle frei. FOTO: KEYSTONE



ARBEITER-DENKMAL: Das Bronzework von 1984 erinnert in Mattmark an die Opfer. FOTO: ALAMY



BEDRÜCKTE STIMMUNG: Angehörige der Opfer im Barackendorf. FOTO: ETH-BIBLIOTHEK ZÜRICH, BILDARCHIV

Migrantinnen und Migranten ermöglichte es, die Stärke der Gewerkschaften in traditionellen Branchen wie dem Bauwesen und der Industrie mehr oder weniger aufrechtzuerhalten, die durch den strukturellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt an Boden verloren hatten. Und später ermöglichte dieser Wandel den Gewerkschaften, ihre Verankerung im Dienstleistungssektor auszubauen, zumindest in Branchen wie dem Hotel- und Gastrogewerbe, dem Verkauf und der Pflege.

Warum war Mattmark der Beginn einer Veränderung der Gewerkschaftspolitik im allgemeinen?
Das lässt sich aus der Karriere von Ezio Canonica ableiten. Mit Mattmark stieg er zu einer Persönlichkeit von nationaler Bedeutung auf und wurde 1968 der erste Tessiner Präsident einer nationalen Gewerkschaft. Dann, im Jahr 1970, profilierte er sich im Abstimmungskampf zur zweiten Überfremdungsinitiative als Hauptgegner von Schwarzenbach. Auch weil er aufgrund seiner Geschichte glaubwürdig war. Im Gegensatz zum damaligen SGB-Präsidenten Ernst Wüthrich, der drei Jahre zuvor noch ähnliche Positionen wie Schwarzenbach vertreten hatte. So konnte Canonica 1971 Nationalrat für den Kanton Zürich werden, zwei Jahre später SGB-Präsident. Er trug dazu bei, eine Dynamik des Wandels nicht nur in der Migrationspolitik der Gewerkschaften zu schaffen. Auch dank dem Einfluss, den die Migrantinnen und Migranten später hatten, war er der erste nationale Spitzenpolitiker, der eine Relativierung des Arbeitsfriedens forderte und so die Tür für eine kämpferischere Gewerkschaftspolitik öffnete.

* Claudio Carrer ist Chefredaktor der italienischsprachigen Unia-Zeitung «Area», work publiziert das Interview in einer gekürzten Fassung.



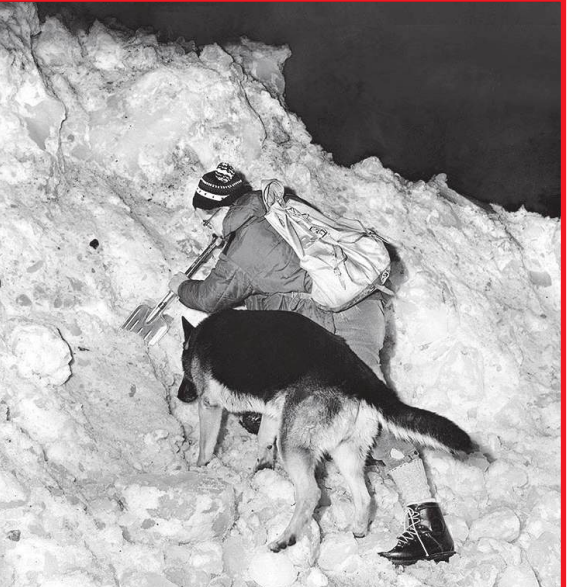
UNTER GLETSCHERMASSEN BEGRABEN: Die Baracken, die Werkstätten und die Kantine der Mattmark-Baustelle nach der grossen Tragödie. FOTO: KEYSTONE



SUCHE NACH DEN BEGRABENEN KOLLEGEN: Búezer bei den Bergungsarbeiten beim zerstörten Barackenlager. FOTO: KEYSTONE



88 MENSCHEN VERLOREN IHR LEBEN: Soldaten und ein Polizist bergen ein Opfer aus den Eismassen. FOTO: KEYSTONE



MIT VEREINTEN KRÄFTEN: Ein Retter sucht mit seinem Lawinenhund nach Überlebenden. FOTO: KEYSTONE



TOTENMESSE: Verwandte und Bekannte kondolieren einer Frau, die ihre Söhne verloren hat. FOTO: KEYSTONE

60 Jahre Mattmark-Katastrophe

«Wenn der Gletscher kommt, sind wir alle tot»

Arbeiter und Wissenschaftler hatten gewarnt, doch Profit und das Prestige waren wichtiger. Deshalb starben 88 Menschen am 30. August 1965, begraben unter Gletschereis und Geröll.

Angelo Bressan war Baggerführer auf der Staudamm-Baustelle Mattmark. 40 Jahre nach dem Unglück berichtete Bressan im work: «Mein Freund Beppe und ich standen auf dem Vorplatz der Baracken und schmierten die Bagger. Es war am Samstag vor der Tragödie. Es war heiss, vom Gletscher über uns lösten sich mehrmals Eisblöcke, die krachend hinter der Barackensiedlung niedergingen. Beppe richtete sich auf und schaute den fallenden Eismassen nach: «Wenn der Gletscher kommt, sind wir alle tot», sagte er. Das waren genau seine Worte.»

Zwei Tage später, am 30. August 1965 um 17.20 Uhr kam er: Ein gewaltiges Stück des Allalingsgletschers stürzte in einer Lawine aus Eis und Geröll auf die Baracken, Werkstätten und die Kantine der Mattmark-Baustelle. 88 Menschen starben, 11 wurden verletzt. Bei den To-

desopfern waren es 86 Männer und 2 Frauen – 56 Italiener, 23 Schweizer, 4 Spanier, 2 Deutsche, 2 Österreicher und ein Staatenloser. Das jüngste Opfer war 17-jährig, das älteste 70 Jahre alt. Das Unglück hinterliess über 80 Waisen.

WARUM, WARUM NUR?
Tagelang suchten die Überlebenden nach den Opfern. Baggerführer Petro Vedana sagte 2005 zu work: «Elf Stunden pro Tag musste ich mit meinem Bagger die Eismassen abtransportieren. Vor mir lief ein Kollege, der ein Zeichen gab, wenn wir auf eine Leiche stiessen. (...) Einige Tage nach der Katastrophe wurde eine Alarmanlage installiert. Häufig löste man einen Probealarm aus, und wir mussten innerhalb von 45 Sekunden die Gefahrenzone verlassen. Ich frage mich noch heute, weshalb solche Sicherheitsmassnahmen erst nach der Katastrophe ergriffen wurden.»

Heute ist klar: die Tragödie von Mattmark war keine unvorhersehbare Naturkatastrophe, sondern sehr wahrscheinlich fahrlässige Tötung. Das zeigt auch das neue Buch «Mattmark 1965» von Elisabeth Joris (siehe Interview links). Tage vor der Katastrophe hatten sich immer wieder Eisblöcke gelöst. Arbeiter hatten die Ab-

brüche gemeldet – ohne Folgen. Schon vor Baubeginn hatten Expertenberichte klar gezeigt: der Allalingsgletscher war nicht erst im Jahr der Katastrophe gefährlich. Ein Glaziologe stellte klar: «Unter diesem Damoklesschwert darf man nicht bauen.» Doch das zuständige Unternehmen, die Zürcher Elektro-Watt AG, verzichtete auf Schutzmassnahmen. Und trotz Warnungen vor Gletscherabbrüchen wurden die Baracken direkt in die Falllinie des Gletschers gebaut.

FAHRLÄSSIGE TÖTUNG
Politik und die meisten Medien sahen das ganz anders. Der Tenor: das Unglück habe niemand vorhersagen können. Mattmark wurde zum Symbol für die Kraft der unberechenbaren Berge. Im Herbst 1972 sprach das Kantonsgericht Valais die siebzehn Angeklagten frei, darunter Elektrowatt-Ingenieure, Kantonsbeamte, Suva-Mitarbeitende und die Bauunternehmer. Es kam zu Protesten, insbesondere von italienischen Saisonniers. Dennoch legte sich eine jahrelange Eiszeit über den Prozess. Denn die Gerichtsakten kamen unter Verschluss und durften erst 50 Jahre später, im Jahr 2022, gesichtet werden. Doch bereits 2015 kritisierten Soziologen der Uni Genf Arbeitsbedingungen der Saisonniers. Die Lage der Baracken direkt unter dem Gletscher sei die Folge von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen gewesen, so die Autoren. Vor allem habe die Elek-

tro-Watt AG unter einem erheblichen Termindruck gestanden, sonst hätten Strafzahlungen gedroht. Und: es gab zwar Notfallpläne, nicht aber für den Bereich der Unterkünfte. Auch ein Expertenbericht von 1967, der dem Gericht vorlag, kam zum Schluss, dass es klare Hinweise auf die potentielle Gefahr eines Gletscherabbruchs gab. Nach der Sichtung der Gerichtsakten wurde klar: ein einziger Kantonsrichter war der Meinung, vier der Ingenieure seien der fahrlässigen Tötung schuldig zu sprechen. Doch er kam im Walliser Filz nicht durch.

Mehr Hintergrund: workzeitung.ch/dossier/mattmark

60 Jahre Mattmark-Tragödie: Gedenkanlässe

- Runder Tisch zum Thema Arbeitssicherheit, u.a. mit Unia-Gesundheitsexpertin Christine Michel: Freitag, 29. August, 9 Uhr, im Zentrum Missioni in Naters VS
- Gedenkfeier «Mattmark 2025», u.a. mit Unia-Präsidentin Vania Alleva: Freitag, 29. August, 18 Uhr, im Zentrum Missioni in Naters
- Gedenkfeier am Ort der Tragödie: 30. August, 10 Uhr, am Mattmark-Staudamm
- Mattmark-Ausstellung: bis 27. August in der Gewerbeschule Visp und ab dem 28. August im Zentrum Missioni in Naters

Mattmark neu erzählt

Wer waren die Frauen auf der Baustelle? Wieso wurde niemand verurteilt, und was bedeutete das Unglück für Gewerkschaften? Spannende Antworten auf diese Fragen liefert dieses neue Buch. Elisabeth Joris: **Mattmark 1965**. Erinnerungen, Gerichtsurteile, italienisch-schweizerische Verflechtungen. Rotpunktverlag, 208 Seiten, Fr. 32.–.

Rechte gnadenlos Schwangere auf das Sozialamt

Pro Jahr werden 500 schwangere Frauen ausgesteuert. Das hat für die Betroffenen und ihre Familien existentielle Folgen: Sozialamt statt Mutterschaftsurlaub.

CLEMENS STUDER

Stellenlose Schwangere, die krank werden, verlieren nach 30 Tagen den Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Selbst wenn sie während Jahren ALV-Beiträge eingezahlt haben. Schlimmer noch: sie können auch ausgesteuert werden und verlieren dann gleich auch noch den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung. Das betrifft jährlich rund 500 Frauen. Für viele bedeutet das: Ab aufs Sozialamt. Dieses Ärgernis könnte mit minimalen Anpassungen am ALV-Gesetz zu Kosten im tiefen Promillebereich beseitigt werden.

ABFUHR AN HIMMELFAHRT

Kein vernünftiger Mensch kann da dagegen sein. Die bürgerliche Mehrheit der ständerätlichen Sozialkommission schon. Sie sagte mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung Nein zu einer entsprechenden Motion der Berner SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen. Geht man – wenig mutig – davon aus, dass die Kommissionsmitglie-



ABFUHR AN SCHWANGERE: Bürgerliche Familienpolitik in Reinform. FOTO: KEYSTONE

der aus fortschrittlichen Parteien geschlossen für die Schwangeren gestimmt haben, hat sich immerhin eine Person von den bürgerlichen und rechten Parteien für kranke arbeitslose werdende Mütter eingesetzt, und eine weitere mochte sich nicht entscheiden.

Nicht so Fun Fact: Hätten sich die Vertreterinnen und Vertreter der selbsternannten Familienpartei Mitte geschlossen hinter den Vorstoss gestellt, wäre das Resultat ein anderes gewesen. Doch offensichtlich geht bei der Mehrheit der Mitte-Delegation im Ständerat selbst an einem Marien-Feiertag unterdessen Marktradikalität vor Solidarität: Abfuhr für werdende Mütter an Mariä Himmelfahrt.

ZYNISCHE BEGRÜNDUNG

Die Begründung der Kommissionsmehrheit im Wortlaut: «Die Kommission ist der Auffassung, dass das geltende Recht schwangerschaftsbedingte Arbeitsunter-

Kein vernünftiger Mensch kann dagegen sein. Die bürgerliche Mehrheit der Sozialkommission schon.

brüche bereits ausreichend abdeckt und dass zudem die Möglichkeit besteht, branchen- oder unternehmensspezifische Lösungen zur Förderung der beruflichen Integration von Schwangeren umzusetzen.» Zusammengefasst: ein Problem gibt's nicht. Und wenn doch, lösen das die Arbeitgeber schon.

Machen sie natürlich nicht. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sagt zum Entscheid der Kommission: «Besonders zynisch dabei: die Politik verlangt von Frauen regelmässig eine höhere Geburtenrate und mehr Erwerbstätigkeit. Aber ein minimaler Schutz wird ihnen verweigert.»

Wie fiktiv ist der Eigenmietwert wirklich?

Und vier weitere Fragen und Antworten zur Abstimmung vom 25. September

Eigenmietwert abschaffen und sparsame Rentner und Rentnerinnen nicht mehr bestrafen? Dafür werfen ausgerechnet die Immobilien-Haie die Rekordsumme von über 7 Millionen Franken auf. Was stimmt da nicht? So ziemlich alles. work klärt die wichtigsten Fragen.

CLEMENS STUDER

Ende September stimmen jene, die dürfen und wollen, darüber ab, ob der Eigenmietwert auf selbstgenutztem Wohneigentum abgeschafft wird. Das ist seit Jahrzehnten ein Steckpferd der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer. Genauer: ihrer Verbandsideologen. Und noch genauer: Der Hauseigentümer-Verbandsideologen in der Deutschschweiz. Die bisherigen Anläufe sind allesamt spätestens in der Volksabstimmung gescheitert. Auch gegen die aktuelle Vorlage ist der Widerstand breit: Gewerkschaften, SP, Grüne, aber auch die Mehrheit der Kantone, die Westschweizer Arbeitgeber und die organisierten Westschweizer Immobilienfachleute.

Was ist eigentlich der Eigenmietwert?

Der Eigenmietwert ist eine Steuer, die dafür sorgen soll, dass Mieterinnen und Eigenheimbesitzer gleichbehandelt werden. Die Logik dahinter: Wer zur Miete wohnt, bezahlt Miete aus seinem bereits versteuerten Einkommen. Wer im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung wohnt, spart diese Miete ein. Dieser Vorteil wird vom Staat als eine Art Naturaleinkommen behandelt, und genau dafür wird der Eigenmietwert angesetzt. In der Praxis fahren Wohneigentumsbesitzende bereits heute besser, weil die Eigenmietwerte viel tiefer angesetzt werden als die tatsächlichen Mieten. Ausserdem können Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten vom Einkommen abgezogen werden. Warum der Eigenmietwert gar nicht so abartig ist, wie die Hauseigentümer-Lobby behauptet, zeigt folgende Überlegung: Einkommen aus Vermögen, das nicht als Eigenkapital im selbstbewohnten Haus steckt, müssen auch versteuert

Von einem Ja profitieren Menschen mit sehr hohen Einkommen.

werden. Und wenn eine Pflegerin im Altersheim gratis essen kann, wird das auf dem Lohnausweis als Einkommen aufgeführt.

werden. Und wenn eine Pflegerin im Altersheim gratis essen kann, wird das auf dem Lohnausweis als Einkommen aufgeführt.

Wer profitiert von einem Ja? Menschen mit sehr hohen Einkommen, die in sehr teuren Immobilien wohnen und keine Abzüge wegen Hypotheken und



DER TRAUM VOM EIGENHEIM: Wenn die Vorlage angenommen wird, platzt der Traum für viele Normalverdienende, da die Preise explodieren werden. FOTO: KEYSTONE

Renovationen mehr geltend machen können.

Wem schadet ein Ja?

Kurze Antwort: allen anderen!

Konkret:

● **Den Mietenden:** Sie zahlen drauf, weil Kantone und Gemeinde ihre Steuerlöcher stopfen müssen – um mindestens 500 Franken pro Haushalt. Die ersten Kantone haben schon ausgerechnet, um wie viel die Steuern steigen werden, wenn der Eigenmietwert abgeschafft

wird: Tessin plus 7,5 Prozent, Zürich plus 3 Prozent.

● **Menschen, die von Wohneigentum träumen:** Weil die Vorlage Immobilien für Reiche und ganz Reiche noch attraktiver macht, rückt der Traum von eigenen Heim für Normalverdienende in noch weitere Ferne. Die UBS geht von einer weiteren Preisexplosion von 13 Prozent aus, wenn die Vorlage angenommen wird.

● **Dem Baugewerbe:** Wenn Steuerabzüge für Unterhalts- und Sanierungsarbeiten wegfallen, fallen auch die entsprechenden Aufträge zu einem grossen Teil weg. Die Schwarzarbeit nimmt zu, weil die Rechnungen nicht mehr für die Steuererklärung nötig sind.

● **Der AHV:** Fehlende Lohnbeiträge wegen der Schwarzarbeit reissen ein Loch in die Kasse.

Aber was ist mit den sparsamen und fleissigen Rentnern?

Die heutige Regelung mit dem Eigenmietwert ist nicht perfekt, weil vor allem Rentnerinnen und Rentner damit eine höhere Steuerlast zu tragen haben, ohne dass sie über hohe Einkommen verfügen. Einige Kantone haben bereits zielgerichtete Massnahmen erlassen, die dieses Problem lösen. Auf nationaler Ebene hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit solche Lösungen bis-

her immer verhindert. Und jetzt steckt ausgerechnet der Hauseigentümergeverband die Rekordsumme von 7 Millionen Franken in den Abstimmungskampf für eine Vorlage, die angeblich den sparsamen Rentnerinnen und Rentnern nützt. Da kann doch etwas nicht stimmen.

Und tatsächlich: Ausgerechnet die Mehrheit der wohneigentumsbesitzenden Rentnerinnen und Rentner verliert bei einem Ja auch.

Das ist nicht etwa bloss eine linke Behauptung, sondern die Überzeugung zum Beispiel auch der Westschweizer Immobilienfachleute und der Westschweizer Arbeitgeberorganisation Centre Patronal. Frédéric Dovat ist Generalsekretär des Schweizerischen Verbands der Immobilienwirtschaft (USPI Schweiz). Er sagt der

Die Steuerausfälle für Bund, Kantone und Gemeinden gehen in die Milliarden.

Zeitung «24 heures»: «Nur Eigentümer und Eigentümerinnen, die ihr Haus bar bezahlt oder vollständig amortisiert haben, deren Gebäude neu ist und Minergie-Standards erfüllt oder energieeffizient ist, werden von der Vorlage profitieren. Selbst wenn Rentnerinnen und Rentner ihre Schulden abbezahlt haben, können sie die Kosten für Instandhaltung und energetische Sanierung ihrer Immobilie nicht mehr abziehen (...); daher werden sie Schwierigkeiten haben, Käuferinnen und Käufer für ihre Immobilie zu finden.»

Schub oder Risiko? Schweiz stimmt über die E-ID ab

Am 28. September stimmt die Schweiz über die E-ID ab – den digitalen Ausweis per Smartphone-App. Anders als 2021 soll der Staat statt Privatfirmen die E-ID herausgeben. Die freiwillige digitale Identität ermöglicht Online-Identifikation für Behörden-gänge und Einkäufe. Befürworter sehen einen Digitalisierungsschub, Gegner warnen vor Datenschutzrisiken. (cs)



Nicht besser und auch nicht länger: Die Ovo-Chefs wollen den GAV versenken

Von der Milch bis aufs Brot: Ovomaltine ist ein Traum für alle Schleckmäuler. Gar nicht süss sind dagegen die Zustände in der Wander-Fabrik in Neuenegg.

IWAN SCHAUWECKER

Gegen den Willen der Belegschaft will die Wander AG in Neuenegg BE den Gesamtarbeitsvertrag in der Ovomaltine-Fabrik per Ende Jahr kündigen. Nicht länger wollen sich die Chefs der Traditionsfabrik an den seit 50 Jahren geltenden GAV halten. Nicht besser wird dadurch die Stimmung im Betrieb. Die Mehrheit der 91 Mitarbeitenden, die dem GAV unterstellt sind, hat denn auch einen Brief gegen seine Kündigung unterschrieben.

Denn der Firmen-GAV garantiert den Beschäftigten in der Produktion einen Mindestlohn von 4200 Franken, Schichtzulagen, eine 41,5-Stunden-Woche und zusätzliche Ferientage. Mit der Kündigung drohen tiefere Löhne, eine längere Wochenarbeitszeit, die Streichung der Schicht- und Dienstalterszulagen und der Verlust von bis zu 10 Ferientagen pro Jahr.

UM DEN FINGER GEWICKELT
Betriebselektriker Rainer Schilling* sagt: «Man hat uns im Betrieb nicht richtig über die Kündigung informiert und die Personalkommission um den Finger gewickelt.» Mit den neu-

«Man hat uns im Betrieb nicht richtig über die Kündigung informiert und die Personalkommission um den Finger gewickelt.»

RAINER SCHILLING, WANDER-BÜEZER

en, individuellen Arbeitsverträgen gebe es keine verbindliche Mitsprache des Personals mehr, und das neue Personalreglement sei jederzeit einseitig kündbar. Die Geschäftsleitung habe sich lediglich über die «mühsame» Zusammenarbeit mit der Unia als Vertragspartnerin im GAV beklagt und dies intern auch als Grund für die Kündigung des GAV kommuniziert.

GEPLATZTE VERHANDLUNGEN
Tatsächlich waren die Verhandlungen letztes Jahr schwierig. Der zuständige Unia-Sekretär Ivan Kolak sagt: «Wir haben die Lohnverhandlungen erstmals in den letzten zehn Jahren nicht unterzeichnet, weil die Mehrheit des Personals mehr Lohn forderte und keine Lohnkürzungen akzeptieren wollte.» Die

* Name geändert



MEINE OVO, MEIN GAV: Mit diesem Flugblatt hat die Unia den neuen Wander-CEO empfangen. FOTO: UNIA

Kündigung sieht er als Reaktion auf diese geplatzen Verhandlungen.

NEUER CEO IST IN DER PFLICHT
Am Dienstag trat Marco Zanchi seine neue Stelle als CEO bei der Wander AG an. Aus diesem Anlass luden ihn die Beschäftigten und die Unia zu einem Willkommensgespräch ein. Zanchi hat eine Delegation der Unia empfangen und unterstützt die bisherige Haltung der Geschäftsleitung; für die betroffene Belegschaft ist jedoch klar: Der neue Chef muss den Entscheid der vorherigen Interimsleitung rückgängig machen und den

GAV weiterführen. Der GAV muss bleiben! Corinne Schärer, Unia-Branchenleiterin Lebens- und Genussmittelindustrie, sagt: «Die Unia steht an der Seite der Beschäftigten und setzt sich dafür ein, die 50jährige Vertragspartnerschaft weiterzuführen. Die bekannten und beliebten Produkte der Ovomaltine-Linie haben Zukunft, aber nur, wenn die Arbeit des Personals wertgeschätzt und ihr eindeutiges Ja zum GAV von der Unternehmensleitung berücksichtigt wird.» Über die nächsten Schritte werden die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft an einer weiteren Personalversammlung entscheiden.

Die Ovo-Saga: Vom Experiment zum Klassiker Schweizer Kult-Marke in britischen Händen

Die Ovomaltine-Geschichte begann vor über 100 Jahren in einem Apotheker-Labor in der Berner Altstadt. Trotz Besitzerwechseln hat sich die Marke ein heimisches Image bewahrt.

IWAN SCHAUWECKER

Seit 2002 ist die Wander AG eine Tochtergesellschaft des Konzerns Associated British Foods, eines britischen Konzerns mit weltweit 138 000 Mitarbeitenden. Das europäische Produktionszentrum für Ovomaltine befindet sich jedoch weiterhin in der Schweiz, dem Ursprungsland des Produkts.

Der aus Deutschland stammende Apotheker Georg Wander experimentierte in der Berner Altstadt in seinem Labor. Auch Sohn Albert Wander durfte mitmachen und stellte um die Jahrhundertwende aus Malzextrakt und Kakao erstmals Ovomaltine her. 1904 gründete er die Wander AG und eröffnete eine erste Lebensmittelfabrik in der Stadt Bern.

DER SIEGESZUG
Bis zum Ersten Weltkrieg war Kakao vor allem ein Frauen- und Kindergetränk, doch durch den Krieg wurden Kakaoprodukte und Ovomaltine auch vermehrt von Män-



EXPANSION: Mit dem Namen Ovaltine ging Ovo nach England. FOTO: PD

nern in der Armee konsumiert. Seit 1927 wird das Kakaopulver am heutigen Fabrikstandort in Neuenegg BE hergestellt. 1932 übernahm Ovomaltine erstmals die offizielle Verpflegung für Athleten und Funktionäre an Olympischen Sommer- und Win-

terspielen. Und mit erfolgreichem Marketing sicherte man sich einen festen Platz in den Schweizer Stuben, Beizen und Köpfen. 1967 verkaufte das Familienunternehmen die Firma an den Pharmahersteller Sandoz aus Basel, 2002 kaufte Associated British Foods die Wander AG. In Neuenegg arbeiten heute insgesamt 270 Mitarbeitende. Neben dem Ovomaltine- und dem Caotina-Pulver werden der Brotaufstrich Ovo Crunchy Cream und Ovo-Riegel produziert. Die Getränke, Müesli und Glace lässt die Wander AG in anderen Schweizer Betrieben produzieren.



Laura ohne Namen

Unsere Lagerräume dienen hauptsächlich dazu, Ware zu lagern. Aber auch, um laut zu fluchen und zusammen herzlich zu lachen. Was nur wenige wissen: wir nutzen sie auch als Versteck.

KEIN ANRUF. Es war an einem ruhigen Morgen, als ich dort einer Kundin für kurze Zeit ein Versteck bieten konnte. Warum? Ein unbekannter Mann hat sich bis in den Laden verfolgt. Ich war gerade dabei, die Sandwiches einzuräumen, als ich hörte, wie sie ihm mehr-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

mals sagte, er solle sie in Ruhe lassen. Da habe ich interveniert und sie in einem günstigen Moment in den Warenlift gebeten. Im Lager konnten wir uns nett unterhalten. Bis wir das sichere Gefühl hatten, sie könne durch den Notausgang nach Hause. Ich solle niemanden anrufen, sagte sie, es sei ja nichts passiert. Ihr Einkaufskorb stand noch im Lager und ich dachte mir: Die Frau konnte nicht mal fertig einkaufen!

KEIN EINKAUF. Als ich dann wieder im Verkaufsraum war, war der Mann immer noch da. Ich forderte ihn auf zu gehen, sein Verhalten werde hier nicht toleriert. Er ging aber nicht. Plötzlich stand ich im Fokus, und das war mir sehr unangenehm. Meine Chefin schaltete sich geschickt ein, und nach

Aus Selbstschutz trage ich kein Namensschild.

einigem Hin und Her verliess der Mann den Laden. Ich arbeitete wütend weiter und natürlich auch mit einem unguuten Gefühl im Bauch: Der Unbekannte kennt nun meinen Arbeitsplatz. Das war nicht das erste Mal, dass wir unsere Lagerräume so genutzt haben. Schon einmal konnte eine Frau den Einkauf bei uns nicht beenden und hat sich zum Glück an uns gewandt. Auch da sollten wir niemanden anrufen, es sei ja «nichts» passiert. Eine Arbeitskollegin wurde ebenfalls eine Weile von einem Kunden im Laden beobachtet. Auch da ist «nichts passiert», und somit wurde auch nichts gemeldet.

KEIN SCHILDLI. Ich habe mein Namensschild schon seit längerer Zeit in der Garderobe parkiert. Ich erlaube mir das aus Selbstschutz und als Akt der Selbstbestimmung. Eigentlich ist es Vorschrift, das «Täfeli» zu tragen. Aber ich finde das völlig unsinnig. Wir sollten selbst entscheiden können, wie viel wir von uns preisgeben möchten. An diesem Morgen war ich froh, dass der fremde Mann meinen Namen nicht wusste. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Denn eigentlich sollte das gar nicht nötig sein. Solche Situationen müssen unbedingt besprochen und weitererzählt werden. Denn: Nicht einmal unbefelligt einkaufen zu können ist nicht einfach nur «nichts».



MISCHT DIE KONZERNE AUF: Staatsanwalt Paolo Storari sorgt in Italien dafür, dass Zehntausende legale Jobs geschaffen wurden. FOTO: ALAMY

Mailands härtester Staatsanwalt jagt Ausbeuter-Konzerne Paolo Storari – ein Name, der Bosse erleblichen lässt

Wenn sich Staatsanwalt Paolo Storari bei Firmen mit auf Hochglanz polierten Namen meldet, werden die Manager ganz bleich. Und sie haben allen Grund dazu. Der in Mafia-Verfahren gestählte Jurist setzt Arbeitnehmendenrechte ebenso hartnäckig wie erfolgreich durch.

CLEMENS STUDER

Der Luxusmodekonzern Loro Piana (siehe Artikel rechts) ist kein Einzelfall. Im Gegenteil: Die endlosen Lieferketten, an deren Ende ausgebeutete Arbeitende stehen, sind bei vielen Konzernen kein Betriebsunfall, sondern «eine so tief verwurzelte illegale Praxis, dass sie als Teil einer Geschäftspolitik zur Gewinnmaximierung angesehen werden muss. Neben der offiziellen Unternehmensstruktur – mit ethischen Vereinbarungen und Verantwortlichkeitsmodellen, die nur der Fassade dienen – existiert eine inoffizielle, die einzig auf Profit ausgerichtet ist.» Das sagt nicht etwa eine Gewerkschafterin oder ein linker Politiker. Das schreibt die Mailänder Staatsanwaltschaft. Und sie belässt es nicht bei starken Worten, sondern folgt seit rund fünf Jahren mit energischen Taten.

AUS MAFIA-VERFAHREN GELERNT

Der Mann dahinter heisst Paolo Storari. Er ist 59 Jahre alt und hat in Mafia-Verfahren gelernt, wie man verschachtelte Strukturen freilegt. Als erfahrener Ermittler der Antimafia-Staatsanwaltschaft in Mailand

hat er kriminelle Netzwerke in der Lombardei zerschlagen. Heute enttarnt er die schmutzigen Lieferkettengeschäfte von Grosskonzernen. Sein Werkzeug: die «amministrazione giudiziaria». Offiziell keine Strafe, sondern eine «präventive Massnahme», die Firmen helfen soll, ihre Lieferketten so zu kontrollieren, wie sie es in ihren Hochglanzbroschüren versprechen. In der Praxis ist die «gerichtliche Verwaltung» ein radikaler Eingriff: Für ein Jahr zieht ein Verwalter in die Chefetage ein, durchleuchtet Prozesse – und zwingt das Unternehmen, echte Kontrollen einzuführen und das Arbeitsgesetz einzuhalten. Die Kosten für den Verwalter und die nötigen Massnahmen trägt die Firma.

LISTE DER SCHANDE

Die Liste betroffener Unternehmen liest sich wie ein Who's who der Luxusbranche: Dior (ebenfalls LVMH wie Loro Piana) wurde erst im März dieses Jahres aus der Zwangsverwaltung entlassen. Giorgio Armani Operations stand von April 2024 bis Februar 2025 unter Aufsicht. Valentino

steht seit Mai 2025 unter Kontrolle. Alvierio Martini wurde bereits im Januar 2024 unter gerichtliche Verwaltung gestellt. Auch im Sicherheits- und Transportwesen räumt Storari auf: Unter anderem gerieten Amazon, DHL, Fedex, Esselunga, Carrefour und Sicherheitsfirmen wie Scuritalia ins Visier. Sogar in der Landwirtschaft schlug er zu. In allen Fällen das gleiche Muster: Firmen, die sich hinter komplexen Lieferketten verstecken, an deren Ende Näherinnen, Sicherheitsbeauf-

tragte, LKW-Fahrer und Landarbeiterinnen für Hungerlöhne und ohne soziale Absicherung chrampfen.

BILANZ DES ERFOLGS

Storaris Prinzip funktioniert, weil es dort ansetzt, wo Konzerne wirklich empfindlich sind: beim Image und beim Geld. Wer unter gerichtlicher Aufsicht steht, muss nicht nur intern umkrempeln, sondern steht auch unter öffentlicher Beobachtung. Interne Pseudokontrollen und schöne Broschüren genügen nicht mehr – jede Stufe der Lieferkette muss belegt, kontrolliert und dokumentiert werden.

Mit seiner Arbeit bekämpft Storari nicht nur die Überausbeutung von Arbeitenden – er schafft auch dauerhafte, legale Jobs und generiert damit Einnahmen für die Sozialversicherungen und die Staatskasse: in den letzten gut fünf Jahren rund 550 Millionen Euro und insgesamt über 49 000 neue reguläre Arbeitsverträge in verschiedenen Branchen. Allein in den jüngsten Fällen waren es rund 14 000. Darunter etwa:

- **Esselunga:** 3000 Arbeitende fest angestellt
 - **DHL:** 1500 reguläre Verträge
 - **Sicuritalia:** rund 6800 Sicherheitskräfte mit 38 Prozent Lohnerhöhung
 - **Mondialpol:** rund 4700 Beschäftigte mit plus 200 Euro im Monat
- Kritikerinnen und Kritiker werfen der Mailänder Staatsanwaltschaft vor, einen «mehr politisch als juristisch motivierten Feldzug» zu führen. In der marktradikalen Mailänder Tageszeitung «Il Foglio» stand dazu: «In Mailand gibt es einen Staatsanwalt, der mehr Arbeitsplätze schafft als so mancher Wirtschaftsminister.» Das war nicht als Lob gemeint. Storari wird's mit Fassung tragen.

Bei Loro-Piana-Besitzerin LVMH hat nur einer das Sagen: Luxus-Oligarch Bernard Arnault

Loro Piana ist eine der 75 Marken, die zum Luxuskonzern LVMH gehören. LVMH wird vom Arnault-Clan kontrolliert. Patriarch ist der 76-jährige Franzose Bernard Arnault. Er war zeitweise reichster Mensch der Welt (heute «nur» noch von Europa) und steuert den Luxuskonzern LVMH über ein verschachteltes Geflecht aus Holdinggesellschaften. Der Konzern ist bis aufs letzte steueroptimiert. Die Margen sind gigantisch, die Arbeitsbedingungen in den Fabriken der Lieferketten hingegen unterirdisch.

Arnaults Einfluss reicht weit über den Luxusmarkt hinaus. Er besitzt die Tageszeitung «Le Parisien» und das Wirtschaftsblatt «Les Echos». Berichte über miese Arbeitsbedingungen oder über die Enthüllungen zu Arnaults Offshore-Vermögen in acht Steuerpa-

radiesen sind dort nicht erwünscht.

TRUMPS BUDDY. In den 1980er Jahren floh Arnault in die USA, weil die Sozialisten ihn ein bisschen höher

DER PATRIARCH UND SEIN ZÖGLING: Bernard Arnault und Sohn Frédéric. FOTO: GETTY IMAGES

her besteuern wollten. Seither ist er privat, geschäftlich und unterdessen auch familiär mit Donald Trump eng

verhandelt. Bei Trumps zweiter Amtseinsetzung sass Arnault in der ersten Reihe. Er bezeichnet sich selbst als «besten Trump-Freund Europas» und empfiehlt Frankreich Trumps innenpolitische Kettensagen-Politik. Arnault hat fünf Kinder, von denen vier bereits im LVMH-Verwaltungsrat sitzen. Sein zweitjüngster Sohn, Frédéric (29), ist Loro-Piana-Chef. Arnault senior selbst denkt nicht im geringsten ans Abtreten: ebenerst hat er die Altersgrenze für den CEO auf 85 Jahre hochsetzen lassen. (cs)

Ausbeutung aktiv geduldet: Gericht stellt Luxuslabel Loro Piana unter Aufsicht Der tapferere Schneider und das dreckige Mode-Business

Mailand ist ein gutes Pflaster für Luxusmode. Und ein ganz übles für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die das produzieren, womit die Reichen prahlen. Ein Staatsanwalt will das ändern. Und ist erstaunlich erfolgreich.

CLEMENS STUDER

Im Mai stellt ein chinesischer Schneider mit dem Mut des Verzweifelten seinen Chef zur Rede. Ultimativ fordert er von Hu «Stefano» Xizhai die ausstehenden Löhne. Doch statt Geld gibt's massive Prügel. Mit blossen Fäusten und Metallrohren.

Die Firma heisst Clover Moda. Ihr Standort ist der Mailänder Vorort Branzate. Knapp 12 000 Einwohner, knapp 5000 Haushalte, rund 1000 eingetragene Firmen. Viele Zulieferbetriebe. Viele Hinterhof-Fabriken. Viel Ausbeutung. Die chinesische Diaspora ist die grösste Einwohnerinnengruppe ohne italienischen Pass. Selten, dass sich eine oder einer wehrt. Doch der tapferere verprügelte Schneider zeigt seinen Chef an. Am 13. Mai durchsuchen die Carabinieri die Clover Moda. Und stechen in eine weitere Eiterbeule der Modeindustrie.

AUF DER STELLE VERHAFTET

Über die Hälfte der weltweiten Luxusmode wird in Italien produziert. Ein erheblicher Teil davon in der Lombardei in der Grossregion Mailand. Doch während es auf den Laufstegen glitzert und in den Luxusboutiquen gut riecht, stinken die Arbeitsbedingungen zum Himmel.

Was die Ermittler von Staatsanwalt Paolo Storari in den Werkstätten von Clover Moda und der Partnerfirma Dai Meiyang in Senago finden, ist kein Einzelfall, sondern hat System. 21 Mitarbeitende, überwiegend chinesische Migrantinnen, schuften unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sie sind illegal beschäftigt, hausen in baufälligen Schlafsälen direkt neben den Nähmaschinen, müssen rund um die Uhr arbeiten. Sieben Tage die Woche. Die Stromverbrauchskurven beweisen es.

An den Maschinen fehlen Sicherheitsvorrichtungen. Für die als Schlafstätten genutzten Räume gibt es keine «Bewohnbarkeitsbescheinigungen». Löhne liegen – wenn sie überhaupt bezahlt werden – weit unter dem Tarif, keine Sozialversicherung, keine medizinische Betreuung – alles klassische Merkmale des «Caporalato», wie in Italien die systematische Ausbeutung durch Scheinselbstständigkeit und verschachtelte Subunternehmen genannt wird.

Der Mann, der den mutigen Schneider krankenhaushaureif schlagen liess, heisst Hu Xizhai und lässt sich «Stefano» nennen. Er wird bei der Razzia auf der Stelle wegen Körperverletzung, Zwangsarbeit, Arbeitsrechtsverletzungen verhaftet.

BABY-KASCHMIR

In den Werkstätten entdecken die Carabinieri nicht nur fertige Produkte und Etiketten, sondern auch Produktionsunterlagen wie Schnittmuster, Verträge und Aufträge. Das heutige Unternehmen wurde 1924 gegründet und galt lange als Inbegriff italienischer Textilkunst. Die Familie Loro Piana war bereits vor der Gründung der Kleiderfabrik als Stoffhändlerin erfolgreich. Heute ist Loro Piana vor allem für luxuriöse Kaschmir-Mode und der Verarbeitung seltener Materialien wie Baby-Kaschmir und Vikunja-Wolle bekannt. 2013 übernahm der

Konzernverantwortung: Schweiz hinkt nach

Die Schweiz hat keinen Staatsanwalt Paolo Storari. Dafür eine Konzernministerin Karin Keller-Sutter. Diese verhindert als bundesrätliche Frontfrau, getragen von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, mit (fast) allen Mitteln, dass Schweizer Firmen für von ihnen verantwortete Sauerereien in der Lieferkette Verantwortung übernehmen müssen.

MEHRHEIT SAGTE JA. Darum ist die Schweiz weiterhin das einzige Land Europas ohne Konzernverantwortung. Obwohl eine Mehrheit des Volks mehr Konzernverantwortung wollte und die entsprechende Initiative nur am Ständemehr scheiterte, bei dem die Stimme eines Appenzeller Innerröders 40 Mal so viel zählt wie jene einer Zürcherin. Das will eine neue Initiative ändern. Die «KVI 2.0» wurde innert Rekordzeit gesammelt und eingereicht. Jetzt sind wieder Bundesrat und Parlament an der Reihe. Und dann das Volk. (cs)

französische Luxusmulti LVMH das Traditionsunternehmen für rund zwei Milliarden Euro (siehe Artikel unten links).

LIEFERKETTE DES GRAUENS

Offizieller Produzent der bei der Razzia beschlagnahmten Kaschmir-Jacken ist die Evergreen Fashion Group Srl mit Sitz in Mailand. Diese hat weder die Maschinen noch das Personal zur Textilherstellung. Dafür elegante Büros in der Gegend der Basilika Sant'Ambrogio. Die Staatsanwaltschaft wird genau das später als Beleg für das Verschleierungssystem anführen: Ein Unternehmen mit eleganten Büros in bester Mailänder Lage, das aber weder über Maschinen noch über Personal zur Textilherstellung verfügt und dennoch grosse Produktionsaufträge von Loro Piana bekommt.

Evergreen gibt den Auftrag weiter an Sor-Man in Nova Milanese nördlich von Mailand. Doch auch Sor-Man fehlen die Kapazitäten, die geforderten Stückzahlen zu den angebotenen Tiefpreisen herzustellen. Maria Teresa Provenzi, Co-Geschäftsführerin von Sor-Man, erklärte vor der Staatsanwaltschaft: «Die Volumen waren hoch, etwa 6000 bis 7000 Jacken pro Jahr für Loro Piana. Um den Kunden (Loro Piana, Anm. der Redaktion) zu halten, habe ich chinesische Staatsbürger ausgelagert.» Evergreen habe darüber Bescheid gewusst. Trotzdem habe Loro Piana nur bei ihr Kontrollen durchgeführt, nie bei ihren Subunternehmern.

In Hinterhof-Fabriken stellen ausgebeutete Arbeitende jährlich Tausende Jacken für Loro Piana her.

ich an chinesische Staatsbürger ausgelagert.» Evergreen habe darüber Bescheid gewusst. Trotzdem habe Loro Piana nur bei ihr Kontrollen durchgeführt, nie bei ihren Subunternehmern.

MARGEN WIE IM DROGENHANDEL

Sor-Man wiederum beauftragte die chinesischen Werkstätten Clover Moda in Branzate und Dai Meiyang in Senago. Spätestens dort, am Ende einer langen Kette von Subunternehmern, ist aus der luxuriösen Modeschau definitiv eine Horror-Show geworden. In Hinterhof-Fabriken stellen ausgebeutete Arbeiterinnen und Arbeiter jährlich Tausende Jacken für Loro Piana her. Die Firma bekam dafür von Evergreen 80 Euro ohne Zuschuss und 86 Euro mit Zuschuss pro Stück. Die Preise schwankten um maximal 10 Euro. Die gesamten Produktionskosten für einzelne Kaschmir-Jacken beliefen sich laut der Staatsanwaltschaft auf knapp 100 Euro – Loro Piana verkauft sie für bis 3000 Euro. Das sind Profitraten wie im Drogenhandel.

DAS URTEIL

Staatsanwalt Paolo Storari ist seit Jahren der Schreck der Mailänder Luxuskonzerne (siehe Artikel links). Er sieht in der Lieferketten-Kaskade eine bewusste Geschäftsstrategie zur Gewinnmaximierung. Auch Loro Piana verfolge eine Philosophie des «maximalen Profits bei minimalen Kosten». Die drei Richterinnen des zuständigen Mailänder Gerichts sehen es genauso. Angesichts der extremen Differenzen zwischen Herstellungs- und Verkaufspreisen hätte dem Loro-Piana-Management klar sein müssen, dass etwas nicht sauber laufen konnte. Das Luxusunternehmen habe strukturell und grobfahrlässig Arbeitsausbeutung bei chinesischen Subunternehmen in der eigenen Lieferkette geduldet und dabei bei der Auswahl und Kontrolle seiner Zulieferer massiv versagt.

UNTER AUFSICHT

Das Mailänder Gericht verhängt deshalb eine einjährige gerichtliche Aufsicht über Loro Piana. Das bedeutet: Dem Management wird ein staatlich berufener Verwalter zur Seite gestellt, der über Korrekturen der Abläufe wachen soll. Das Unternehmen muss beweisen, dass es seine Lieferketten tatsächlich kontrolliert und Missstände verhindert. Nach der Razzia hatte Loro Piana reagiert, wie die meisten reagieren, bei denen in der Lieferkette unmenschliche Arbeitsbedingungen oder ökologischer Raubbau ans Licht kommen: Sie kündigte die Verträge mit den aufgeflorenen Firmen, gab sich schockiert und betonte ihr «Bekenntnis zu höchsten ethischen Standards, Menschenrechten und rechtlichen Normen». Man habe bereits einen umfassenden Plan zur Verbesserung der Lieferketten-Kontrollen ausgearbeitet. Der staatliche Aufseher schaut jetzt während der nächsten 12 Monaten, dass dieser Plan auch umgesetzt wird. Nicht so, wie der bisherige. Der war laut Gericht ein Papiertiger. Und wäre es geblieben – hätte nicht ein vom Chef zusammengeschlagener chinesischer Schneider mit dem Mut des Verzweifelten die Polizei eingeschaltet. Und diese wiederum einen Staatsanwalt, der sich von Modekonzernen nicht blenden lässt. Und auch nicht einschüchtern.



DER BLICK IN DIE HINTERHOF-FABRIKEN: Die teure Mode von Loro Piana wird unter miserablen Bedingungen hergestellt. FOTO: SCREENSHOT / PD



830 €

980 €

Europa
Roland Erne

Transnationale Proteste
Stärkung der
sozialen
Demokratie

Ende der 1990er Jahre lancierten die EU-Länder eine Wirtschafts- und Währungsunion, um Europa zu vereinigen. Damit waren auch die Gewerkschaften gefordert: Damit die Arbeitnehmenden aus verschiedenen Ländern nicht gegeneinander ausgespielt werden können, braucht es mehr grenzüberschreitende Zusam-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

menarbeit. So haben sich von 1997 bis 2020 die transnationalen sozioökonomischen Proteste verdoppelt, wie aus einer Studie von Jörg Nowak und mir hervorgeht (rebrand.ly/studie-europa).

ABSTRAKT. Der ökonomische Wettbewerbsdruck beförderte die transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften kaum. Viel wichtiger waren unsoziale Interventionen von EU-Behörden. 115 der insgesamt 360 transnationalen Proteste seit 1997 fanden im Service public statt. Im privaten Sektor, der grösserem Wettbewerbsdruck ausgesetzt ist, hingegen nur 101. Die Aktivitäten der Gewerkschaften blieben lokal und national, ungeachtet mehrerer Versuche, Lohnverhandlungen grenzüberschreitend zu koordinieren, um dem Wettbewerbsdruck innerhalb des europäischen Binnenmarkts entgegenzuwirken. Obwohl Waren durch menschliche Arbeit hergestellt werden, scheinen sie ein Eigenleben zu entwickeln, sobald sie auf dem Markt gehandelt werden. Folglich nehmen viele den Wettbewerbsdruck als eine «natürliche» Kraft wahr, die kaum zu beeinflussen ist. Die gesellschaftlichen Mechanismen hinter kapitalistischen Produktionsprozessen zu erkennen ist schwierig. Das erklärt, warum es einfacher war, konkrete Interventionen von EU-Behörden zu politisieren.

Proteste über
die Grenzen
hinweg bringen
die Menschen
zusammen.

UNSOZIAL. Nach der Finanzkrise von 2008 führte die EU ein neues Regime wirtschaftspolitischer Steuerung ein, das den EU-Behörden die Befugnis gibt, Ländern weitreichende sozial- und wirtschaftspolitische Massnahmen zu verschreiben. Die Service-pulic-Gewerkschaften konnten aufzeigen, dass viele dieser EU-Interventionen einer unsozialen Stossrichtung folgten. Und deshalb fiel es ihnen auch leicht, transnationale Gegenbewegungen zu organisieren.

STÄRKEND. Diese Ergebnisse sind auch von grosser Bedeutung für die Zukunft der sozialen Demokratie in Europa. Transnationale soziale Proteste sind wichtig, um die Kämpfe über die künftige Ausrichtung der EU entlang transnationaler Konfliktlinien zu gestalten. Während die Politisierung der EU entlang nationaler Unterschiede Nationalismus und EU-feindliche Stimmungen schürt, können Proteste über Gernzen hinweg zusammenbringen und damit auch die soziale Demokratie in Europa langfristig stärken.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Immer weniger Búezerinnen können sich Ferien leisten
Hausarrest für 42 Millionen

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut hat die neuesten EU-Ferienstatistiken ausgewertet. Das Resultat ist erschreckend: 41,5 Millionen Búezerinnen und Búezer konnten sich 2023 keine einzige Woche Ferien leisten – eine Million mehr als im Jahr davor.

CLEMENS STUDER

Ferien mit der Familie, ein paar Tage Erholung, vielleicht am Meer oder in den Bergen – für viele in Europa ist das ein unerfüllbarer Traum. Und es werden immer mehr: Über 41,5 Millionen Erwerbstätige in der EU konnten sich laut einer aktuellen Analyse des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI) im Jahr 2023 keine Woche Ferien leisten. Das sind eine Million Menschen mehr als im Jahr zuvor. Und es ist das dritte Jahr in Folge, in dem die Zahl steigt. Die Ursachen sind klar: steigende Lebenshaltungskosten bei auf breiter Front sinkenden Reallöhnen.

Am höchsten ist der Anteil der Búezerinnen und Búezer ohne Auswärtsferien in Rumänien – 2023 konnten sich dort rund 32 Prozent der Arbeitnehmenden keine einwöchige Ferienreise leisten.

«Unser Sozialmodell in Europa bröckelt weiter.»

ESTHER LYNCH,
GENERALSEKRETÄRIN EGB

Es folgen Ungarn (26 Prozent), Bulgarien (24 Prozent) sowie Portugal und Zypern (je 23 Prozent), die Slowakei (22 Prozent) und Griechenland (ebenfalls um 22 bis 23 Prozent). Am niedrigsten ist die Quote in den Ländern Nordeuropas: In Schweden konnten sich «nur» rund 5 Prozent der Beschäftigten keine Ferien leisten, in Finnland und Dänemark rund 6 bis 7 Prozent. Geringe Werte verzeichnen auch Luxemburg, die Niederlande und Slowenien (je ca. 5 bis 7 Prozent). In Österreich, Belgien und Tschechien liegt die Urlaubsarmutsquote der Arbeitnehmenden bei rund 10 Prozent oder darunter. Von den vier bevölkerungsreichsten EU-Ländern liegen Spanien (18 Prozent der Arbeitnehmenden betroffen) und Italien (17 Prozent) über dem EU-Schnitt,



GRÜSSE AUS BALKONIEN: Immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter können es sich nicht mehr leisten, in ihren Ferien zu verreisen. FOTO: FLICKR/KELLIEGREEN

während Frankreich (12 Prozent) und Deutschland (11 Prozent) ihn unterschreiten.

SCHWEIZ NICHT ERFASST

Und wie ist die Lage in der Schweiz? Die spezifische Frage danach, ob man sich eine «einwöchige Reise leisten» könnte, wird in der Schweiz nicht regelmässig und vergleichbar über die gesamte Bevölkerung erhoben. Ältere Daten von 2014 ergaben einen Prozentsatz von rund 10 Prozent «Urlaubsarmen» in der Schweiz. Diese Zahl dürfte seither nicht gesunken sein, eher im Gegenteil: Explodierende Krankenkassenprämien und stark steigende Wohnkosten bei stagnierenden bis sinkenden Reallöhnen haben im vergangenen Jahrzehnt die Kaufkraft der Gering- und Normalverdienenden auch in der Schweiz geschwächt.

WER HAT'S ERFUNDEN?

Bezahlte Ferien sind eine zentrale Errungenschaft der Arbeiterbewegung: In den 1930er

Jahren vereinigten sich französische Linksparteien und Gewerkschaften zum Front populaire. Als dieser 1936 an die Macht kam, führte er einen gesetzlichen Ferienanspruch ein. Die Schweiz machte es Frankreich in den 1940er Jahren nach (work berichtete: rebrand.ly/ferien-dank-den-linken).

IMMER GRÖSSERE UNGLEICHHEIT

Doch der Neoliberalismus greift die Rechte der Arbeitenden an, wo er nur kann. Esther Lynch ist Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und sagt zu den neusten Zahlen: «Die zeigen: Europa steckt in einer Krise schlechter Arbeitsbedingungen, und unser Sozialmodell bröckelt weiter – angetrieben von wachsender wirtschaftlicher Ungleichheit. Es ist leider keine Überraschung, dass sich immer weniger Menschen Ferien leisten können, wenn Dividenden bis zu 13mal schneller steigen als Löhne und Konzernchefs sich über das 100fache eines Durchschnittslohns auszahlen lassen.»

Das giftige Business des Schweizer Agrochemiekonzerns
Globale Premiere: Pestizid-Opfer aus Indien klagen gegen Syngenta

Zwei indische Witwen fordern von Syngenta Schadenersatz. Jetzt sucht das Basler Gericht Beweise.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

In Yavatmal, Indien, erlitten 2017 Hunderte Landarbeiterinnen und -arbeiter schwere Vergiftungen, über 20 von ihnen starben. Eine Recherche der Organisation Public Eye zeigte: Beim Ausbringen der Pestizide auf den Feldern hatten sie einen Giftcocktail verwendet, in dem auch Polo enthalten war. Polo ist ein Insektizid des Agrochemiekonzerns Syngenta. In der Schweiz und in der EU ist der Wirkstoff seit Jahren verboten. Die Europäische Chemikalienagentur hat den Wirkstoff in Polo als «giftig beim Einatmen» eingestuft und «bei längerer oder wiederholter Exposition organschädigend». Syngenta streitet ab, dass Polo schuld an der Vergiftung sei. Gerichtsverfahren in Indien verliefen bisher im Sand, und die Chemielobby hat ein weltweites Verbot bis heute mit Erfolg verhindert (work berichtete: rebrand.ly/syngenta-polo).

GIFTIGE SUBSTANZEN

Die Witwen von zwei Landwirten, die in Yavatmal an einer Vergiftung durch Polo starben, sowie ein Landwirt, der knapp überlebte, haben Syngenta bereits 2021 auf Schadensersatz angeklagt. Der Agrochemiekonzern Syngenta ging im Jahr

2000 aus einer Fusion zwischen Novartis Agrobusiness und dem Agrogeschäft von Astra Zeneca hervor. 2017 hat Chemchina Syngenta übernommen. Syngenta gehört zu den fünf grössten Agrochemiekonzernen der Welt. Diese erzielen rund einen

Die Klage steht exemplarisch für Menschenrechtsverletzungen von Konzernen.

Drittel ihrer Pestizidumsätze mit dem Verkauf von hochgiftigen Substanzen. Und zwar vor allem in Ländern des globalen Südens. Die Zentrale und der Verwaltungssitz von Syngenta befinden sich in Basel.

GLOBALE PREMIERE

Deshalb haben die beiden Frauen und der Landwirt die Klage beim Basler Zivilgericht eingereicht. Dieses hat jetzt beschlossen, Beweise zu sammeln für den Einsatz des Pestizids Polo. Der Gerichtsfall ist eine globale Premiere: es ist die erste zivilrechtliche Klage aus dem globalen Süden gegen einen Agrochemiekonzern. Und er steht exemplarisch für die Menschenrechtsverletzungen von Konzernen. Der Basler Prozess könnte wegweisend sein für andere Betroffene und für den Umgang mit Konzernverantwortung in der Schweiz.



GEFÄHRLICH: Syngenta darf das Insektizid Polo in Europa nicht verkaufen. FOTO: PUCIC EYE

Ein Urteil gibt es zwar noch nicht. Dennoch gibt es einen ersten Erfolg zu verzeichnen: Im Juni 2022 gewährte das Gericht den Klägerinnen und dem Kläger unentgeltliche Rechtspflege. Das heisst, sie müssen vorläufig weder Gerichts- noch Anwaltskosten bezahlen.

Dies deutet darauf hin, dass das Gericht grundsätzlich der Ansicht ist, dass Syngenta für Schäden haftbar gemacht werden könnte, die durch ihre gefährlichen Produkte im Ausland verursacht werden.

Spanien: Agro-Unternehmer wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht

«Nicht die Hitze hat ihn umgebracht, sondern der Chef»

Erntehelfer Eleazar Blandón starb an einem Hitzschlag. Sein Chef hatte ihm medizinische Hilfe verweigert. Jetzt muss sich der Unternehmer endlich vor Gericht verantworten.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Europa ächzt unter der Gluthitze. Aus Südeuropa häufen sich die Meldungen über tote Búezzerinnen und Búezzer. Die Hitze wütete auch an jenem Tag, an dem der nicaraguanische Erntehelfer Eleazar Blandón in der Region Murcia in Südspanien starb. Er fühlte sich nicht gut. Trotzdem musste er weiter am Boden kniend Wassermelonen ernten. Ohne Schatten. Ohne Wasser. Am Nachmittag stiegen die Temperaturen auf über 40 Grad. Dann konnte Blandón nicht mehr, er sank zu Boden. Doch statt ins Spital gefahren zu werden, musste er bis Schichtende warten. Erst dann deponierte ihn der Chef vor einem Spital, als wäre er eine Wassermelone. Kurze Zeit später war Blandón tot.

Das war am 1. August 2020 (work berichtete). Bereits kurze Zeit später machten sich die lokalen Gewerkschaften dafür stark, dass Blandóns Chef zur Verantwortung gezogen werde. Sie demonstrierten vor der Polizeistation und skandierten: «¡No lo mató el calor, lo mató el patrón!» (nicht die Hitze hat ihn umgebracht, sondern der Chef).

AUSGELIEFERTER ERNTEHELFER

Blandón hielt sich ohne gültige Papiere in Spanien auf. Und war damit bei weitem nicht der einzige. Die Landarbeitergewerkschaft SOC-SAT schätzt, dass mindestens jeder fünfte Arbeiter illegal in Spanien arbeitet. Und damit den Agrarunternehmen ausgeliefert ist. Südspanien ist Europas Frucht- und Gemüsegarten. 2023 exportierte die Region Murcia für 5400 Millionen Euro Gemüse und Früchte, auch in die Schweiz.

Blandón hatte sein Heimatland Nicaragua verlassen wie viele Tausende Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner auch. Weil sie dazu gezwungen werden oder weil sie unter dem repressiven Regime der autokratischen Präsidentenfamilie im zentralamerikanischen Land keine sichere Zukunft sehen. Blandón hatte in Spanien Asyl beantragt, doch sein Antrag war noch hängig. Er starb nur wenige Monate nach seiner Flucht. Seine Ehefrau sagte damals zu work: «Wir hatten noch so viele Träume, und jetzt kommt er im Sarg nach Hause.»

Jetzt endlich, fünf Jahre später, sind die Ermittlungen abgeschlossen, und dem Agrarunternehmer Pedro Manuel P.T. soll der Prozess gemacht werden. Die Anklage: fahrlässige Tötung und Verstösse gegen die Arbeitnehmerrechte.

ATEMNOT UND SCHWINDEL

Die Anklageschrift der zuständigen Richter ist schonungslos: Obwohl Blandón über Atemnot und Schwindel klagte, rief niemand eine Ambulanz. Nicht einmal eine



TRAGISCHE GESCHICHTE: work berichtete 2020 über den Hitzetod von Eleazar Blandón.

Pause habe der Chef seinem Arbeiter gönnnt. Bei extrem hohen Temperaturen habe der Erntehelfer mehr als sieben Stunden in der prallen Sonne arbeiten müssen, um danach auf eine andere Plantage zu fahren, um dort weitere Wassermelonen zu entladen.

Auf dem Weg zu dieser Plantage liess ihn der Chef vor einem Spital liegen, «bewusstlos und mit Herz-Kreislauf-Stillstand». Der Autopsiebericht kommt zum Schluss: Blandón hatte eine Körpertemperatur von über 41 Grad. Die Todesursache war ein Hitzeschlag. Die Warnungen des spanischen Wetterdienstes habe der Unternehmer ignoriert, so die zuständige Richterin. Zum fehlenden Wasser hält der Bericht fest: «Pedro Manuel P.T. gibt zu, dass er an diesem Tag keine Kühlbox mit Wasser mitgebracht hatte.»

BESSERE GESETZE...

Der Fall Blandón rief damals auch Spaniens Arbeitsministerin Yolanda Díaz auf den Plan: «Die Bedingungen, unter denen diese Tätigkeit ausgeübt wurde, waren erbärmlich. Es ist ein trauriges, dramatisches Ereignis, das ein schlechtes Licht auf unser Land wirft.» Sie versprach eine sorgfältige Untersuchung und verbesserten Schutz der Landarbeiterinnen und -arbeiter.

Tatsächlich hat sich zumindest auf dem Papier etwas getan. Seit 2023 müssen Arbeiten im Freien während extremer Hitze eingeschränkt oder ganz unterbrochen werden. Bei Verstössen drohen Strafen von bis zu fast einer Million Euro. Die Regelung greift, wenn der staatliche Wetterdienst eine Hitzewarnung herausgibt. Die Praxis sieht jedoch anders aus.

...AUF DEM PAPIER

Gewerkschaften kritisieren, dass gerade kleinere Betriebe in Sektoren wie Landwirtschaft, Bau und Tourismus leicht unter dem Radar staatlicher Kontrollen bleiben. Das zeigt auch ein Fall, den der Westschweizer Konsumentenschutz kürzlich publik machte: Coop und Migros würden spanische Biotomaten beziehen, die unter illegalen Arbeitsbedingungen produziert werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter seien regelmässig Pflanzenschutzmitteln und übermässiger Hitze in den Gewächshäusern ausgesetzt. In diesen steige die Temperatur auf fast 45 Grad, es gebe keine Wasserausgabestelle und keinen Schatten. Beide Detailhändler haben auf die Recherche des Westschweizer Konsumentenschutzes reagiert: Migros verlangt eine genaue Untersuchung und Coop verweist auf bestehende Kontrollen und Gesetze.



DER ALBTRAUM ISRAEL

Der Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 gegründet durch eine Proklamation von Ben Gurion, dem Präsidenten des Jüdischen Nationalrats. Einen Tag vor Ablauf des britischen Mandats über Palästina. Die UN-Generalversammlung war von Grossbritannien mit der Lösung der Palästinafrage beauftragt worden. Mit einer Zweidrittelmehrheit hat sie am 29. November 1947 zugestimmt, Westpalästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen. Eine Entscheidung, die die arabische Seite ablehnte. Zugleich brachte die 1945 verabschiedete Charta der Vereinten Nationen den Willen zum Ausdruck, die Kolonialherrschaften zu beenden. Ein Widerspruch.

HERRSCHAFT. Auch wenn es nicht möglich war, die Schrecken des Völkermords an den Jüdinnen und Juden in Europa wiedergutmachen, bot man ihnen eine Entschädigung in Form eines Landes an. Ein alter Traum, den die von den Evangelikalen unterstützte zionistische Bewegung seit dem 19. Jahrhundert hegte. Während die Uno also die Unabhängigkeit der Völker förderte, bedeutete dies für das palästinensische Volk, dass es aus einem Teil seines angestammten Territoriums vertrieben und einer neuen kolonialen Herrschaft unterworfen wurde.

Bereits 2017 warnte die Uno, dass der Gazastreifen «unbewohnbar» sei. Dies aufgrund der israelischen Blockade, die die Energie- und Wasserversorgung einschränkt und zu einer Verschlechterung des Gesundheitssystems, zu Nahrungsmittelknappheit und einer sehr hohen Arbeitslosenquote führt.

VÖLKERMORD. Dann kam der abscheuliche Angriff der Hamas auf israelische Zivilistinnen und Zivilisten am 7. Oktober 2023 und die Geiselnahmen. Dieser Überfall veranlasste den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu zu einem regelrechten Rachefeldzug, zu einem Völkermord an der Zivilbevölkerung in Gaza.

Der israelische Schriftsteller David Grossman schrieb am 10. August 2025 in der Zeitung «Le Monde»: «Die Kombination dieser beiden Wörter, «Israel» und «Völkermord», beschäftigt mich von Anfang an [...] All dies ist Teil eines Prozesses, den Israel durchläuft. Indem wir unsere Fehler anerkennen, dank einer regionalen Allianz und der Schaffung eines palästinensischen Staates neben unserem, werden wir aus diesem teuflischen Kreislauf herauskommen, in dem Israel mit diesen schrecklichen Worten dargestellt werden kann.»

ENTSETZEN. Die rassistische und kolonialistische israelische Regierung, die für diesen Völkermord verantwortlich ist und heute den Gazastreifen wieder besetzen und seine palästinensische Bevölkerung vertreiben will, verstärkt die Fehler, anstatt sie zu korrigieren, und schürt damit das Entsetzen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Zölle, Arbeitsplätze und KI: Der Bundesrat hat uns in den Verhandlungen mit Trump bis auf die Knochen blamiert, ein Weltuntergang ist das trotzdem nicht

Arschkriechen bringt bei Donald Trump definitiv nichts, das haben inzwischen fast alle begriffen. Er fordert ein kleineres Handelsbilanzdefizit. Kann er haben – und erst noch zu tiefen Kosten für die Schweiz! Und dann könnten wir uns wieder den wirklich wichtigen Fragen der Zeit zuwenden.

Das EWR-Land Liechtenstein zahlt 15 Prozent Zölle auf seine Exporte in die USA. Die Schweiz bezahlt neuerdings 39 Prozent! Der Bundesrat hat uns in den Verhandlungen mit Trump bis auf die Knochen blamiert. Auch beim Deal um die unbrauchbaren F-35-Kampffjets, die er von den USA kaufen will. Richtig berechnet, kosten die jetzt nämlich nicht sechs, sondern neun Milliarden Franken.

Bis Ende Oktober sollen die Zollverhandlungen mit Trump abgeschlossen sein, und bis dann werden die USA die Zeit nutzen, um uns zu erpressen. Erfreulich: Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wollen sich vom grossen Gessler Trump nicht erpressen lassen. Das belegen alle Umfragen. Genauso wenig wie China und Brasilien. Beide Länder verzichteten bisher auf Arschkriecherei, obschon Trump sie ebenfalls mit Hammerzöllen belegen will. Das wirkt: Trump ist zumindest gegenüber China inzwischen zurückgekrebt.

MEDIKAMENTE. Die Schweiz müsste Trump auffordern, die zu hohen US-Medikamentenpreise mittels eines Preisüberwachers auf das Niveau von Deutschland zu senken.



DAS «TEAM SWITZERLAND»: Mit diesen Herren reisten Guy Parmelin (Mitte) und Karin Keller-Sutter in die USA. Dabei waren Medikamentenabzocker, Rohstoffspekulanten und Anti-EU-Milliardäre wie der Mormonen-Bischof Fredy Ganter (dritter v.r.). Aber niemand von der Maschinenindustrie, niemand von der Uhrenindustrie und niemand von den Gewerkschaften. Ein Skandal!

15 Milliarden des Handelsbilanzdefizits wären so mal weg.

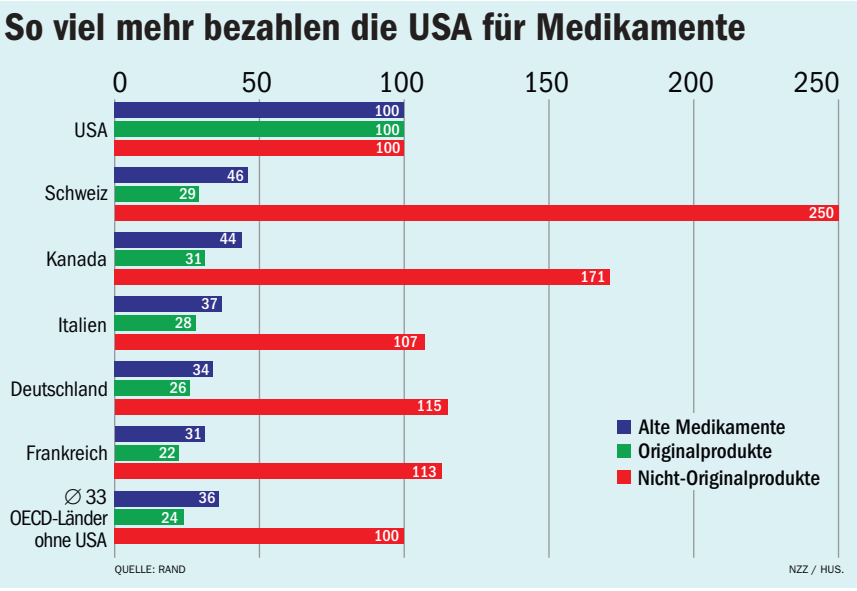
GOLDEXPORTE. Die Schweiz müsste auf Goldexporten Ausfuhrzölle erheben. So wie dies Swatch-Patron Nicolas Hayek fordert. Die reichen USA würden die Goldbarren in den Safes der Schweizer Kantonalbanken bunkern. Weitere 30 Milliarden des Handelsbilanzdefizits wären weg.

IMPORTZÖLLE. Die Schweiz müsste die absurd hohen Zölle von bis 187 Prozent auf US-Steaks und US-Chlorhühnern auf null senken. Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern müsste man, sofern sie leiden, mit Direktzahlungen abgelenken.

KAMPFJETS. Das Volk muss die Frage an der Urne entscheiden.

Bis das alles funktioniert, müsste die Schweiz auch jenen Betrieben Kurzarbeitsentschädigung bezahlen, die viel für den US-Markt produzieren. Zum Beispiel dem Kaffeeautomatenhersteller Thermoplan oder dem Autozubehörunternehmen Scintilla. Damit wäre das Handelsbilanzdefizit weitgehend weg. Zu tiefen Kosten! Und wir könnten uns den wirklich grossen Fragen zuwenden.

AHV UND KI. Zwei scheinbare Schreckensszenarien stehen derzeit im Raum: Das erste malt die Zukunft unserer AHV schwarz und rät zu



ihrer Sanierung. Das zweite ist ebenso düster und warnt vor Massenarbeitslosigkeit wegen der humanoiden Roboter und der künstlichen Intelligenz (KI).

Bereits vor 30 Jahren malte ein Bericht des Bundes mit viel zu pessimistischen Annahmen die AHV schwarz. Der Gewerkschaftsbund und die SP kritisierten den sogenannten IDAFiSo-Bericht damals stark. Und sie bekamen recht.

Das sollten wir erstens nie vergessen. Und zweitens den Zusammenhang denken zwischen AHV, humanoiden Robotern und KI. Ich bin der Meinung, dass letztere zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde führen. Und nur auf die kommt es an. Wir alle müssten dann weniger bezahlte und unbezahlte Arbeitsstunden leisten, die Lebensarbeitsstunden würden sinken. Mehr Rentnerinnen und Rentner wären dann ein Segen!

Allerdings müssten wir darauf achten, dass der gesteigerte Reichtum auch halbwegs gerecht verteilt wird.

LINK ZUM THEMA:

● rebrand.ly/medi-preise

Wenn in Frankreich ein Medikament 100 Dollar kostet, dann kostet das gleiche Medikament in der Schweiz 190 Dollar. Und in den USA 300 Dollar. Das US-Gesundheitswesen ist auch deshalb zu teuer. Und erst noch ineffizient! Die Lebenserwartung in den USA steigt nicht, sondern sie sinkt. Donald Trump muss die Medikamentenpreise wegen der Steuergeschenke für die Reichen senken, sonst wird er die Midterm-Wahlen verlieren.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

INSERAT

Wir sind dabei, wenn Buezerinnen und Buezer feiern. Und wenn sie kämpfen, sowieso.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Vermögen-Verstecke für die Reichen – Offshore-Verliese für die Ärmsten

Die Sonderzonen des Kapitalismus

Zollfreilager und Privatstädte, Flaggenleasing und Passverkauf, Freihandelszonen und Gefängnis-inseln: Die schweizerisch-iranisch-kanadische Journalistin Atossa Araxia Abrahamian schildert in einem famosen Buch das Parallel-universum der Superreichen.

CLEMENS STUDER

Atossa Araxia Abrahamian wächst in Genf auf. Ihre Eltern sind iranische Staatsbürger mit armenischen und russischen Wurzeln und arbeiten bei der Uno. Schon als Kind spürt sie, dass etwas nicht stimmt mit dieser Stadt am See. Die vielen internationalen Organisationen mit ihren Duty-free-Shops. Die seltsame Selbstverständlichkeit, mit der UN-Mitarbeitende keine Parkbussen bezahlen und ihre Kinder den Polizisten einfach locker davonlaufen, wenn diese sie im Park beim Kiffen erwischen. Abrahamian schildert ihre Jugend in Genf als Leben in einer rechtlichen Enklave: einer Gesellschaft von Menschen, die alle paar Jahre weiterzogen – Konzernjuristen, Weltbank-Mitarbeiterinnen, WHO-Funktionäre. «Es gab keine Verwurzelung, keine Dauerhaftigkeit in der Gemeinschaft. Wir lebten in einer Enklave, die an einige Schweizer Gesetze gebunden, aber von anderen befreit war.»

SCHATTENWELT

Eine Kindheit im Ausnahmezustand. Doch jenes vage Unbehagen begriff Abrahamian erst Jahre später, als sie die globalen Sonderzonen journalistisch unter die Lupe nahm – und erkannte, dass Genf selbst einer ihrer Knotenpunkte ist. Dazu gehören die sprichwörtlichen Banktresore. Dazu gehört aber vor allem auch das Zollfreilager. Gegründet im Jahr 1849. Heute lagern hier in unauffälligen Bunkern im Industriequartier und beim Flughafen Milliardenwerte an Kunst, Gold und Diamanten. Für Abrahamian wird die Stadt ihrer Kindheit und Jugend zum idealen Ausgangspunkt, die globalen Machtstrukturen der Sonderzonen zu entschlüsseln.

SONDERZONEN

Zollfreilager, Freihäfen, Sonderwirtschaftszonen gibt es überall auf der Welt. Diese abgegrenzten Areale liegen oft in der Nähe von Flughäfen, Seehäfen oder Grenzübergängen und bestehen aus Lagerhallen, ganzen Stadtvierteln oder manchmal nur einer einzelnen Etage in einem Bürogebäude. Was allen gemeinsam ist: Waren aller Art können die Grenzen eines Landes passieren und einen Freihafen betreten, ohne juristisch gesehen «im Land» zu sein – und damit ohne Zölle oder andere Import- und Exportabgaben. Ebenso schnell können sie wieder ver-



NAME IST PROGRAMM: Die Stadt Freeport auf den Bahamas ist gleichzeitig eine komplett steuerbefreite Sonderwirtschaftszone. FOTO: TYLER BRENBNER / FLICKR

schwinden, fast spurlos. Sonderzonen sind aber auch private Städte für Superreiche – und Gefängnisinseln für Geflüchtete.

Abrahamian porträtiert Männer, die an dieser Schattenwelt mitgebaut haben. Da ist Yves Bouvier, Genfer Kunstspediteur, der mit steuerfrei gelagerten Picassos und Rothkos ein Milliardenimperium aufbaute. Bis er sich mit dem russischen Oligarchen Dmitri Rybolowlew überwarf und dieser ihn geschäftlich in die Knie zwang. Oder zum Beispiel Marc Beer, Oxford-Anwalt und Spezialist für «portable Gerichtssysteme». In Dubai bastelte er ein extraterritoriales Rechtssystem zusammen: importierte Richter, importierte Gesetze, massgeschneidert für multinationale Konzerne. Das Modell exportierte er nach Kasachstan, wo Autokrat Nursultan Nasarbajew begeistert war von den Zusatzeinnahmen.

FREIES KAPITAL UND GEFANGENE MENSCHEN

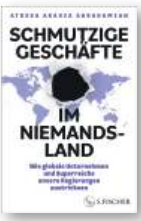
Die gleichen juristischen Tricks, die Reichen ihre Steuerflucht ermöglichen, schaffen Zonen extremer Verletzlichkeit für die Ärmsten. Während britische Millionäre fiktive Wohnsitze in Singapur unterhalten, interniert Australien Flüchtlinge auf der Pazifikinsel Nauru. Bei Abrahamian wird die Geschichte Naurus zum Lehrbuchbeispiel kapitalistischer Logik. Im Zuge der Industrialisierung beuteten Konzerne aus dem globalen Norden die Phosphatschätze der Insel aus. Als das Phosphat erschöpft war, bot Australien einen neuen Deal an: Flüchtlingslager gegen Geld. Offshore-Knäste statt Rohstoff-Klau.

Abdul Aziz Muhamat aus dem Sudan erlebte diese Perfidie am eigenen Leib. 2013 suchte er Zuflucht vor politischer Verfolgung, wollte über Indonesien nach Neuseeland reisen. Unterwegs fing ihn

die australische Marine ab und brachte ihn zur Weihnachtsinsel – einem australischen Territorium, das gleichzeitig nicht ganz zu Australien gehört. Von dort ging es weiter nach Manus, einer Insel in Papua-Neuguinea. Australien hatte bereits 2001 raffinierte Grenztricks entwickelt: Bestimmte Inseln wurden aus jenem Territorium «herausgeschnitten», in dem internationale Verträge zu Menschenrechten galten. Muhamat verbrachte seine Zwanziger in Haft – ohne Verbrechen und ohne Prozess. Auch Menschen wie ihm hat Abrahamian ein Kapitel gewidmet.

KEIN BETRIEBSUNFALL

Abrahamians Buch ist randvoll mit Fakten und historischen Fallbeispielen. Dabei geht es um «Freeports» und «Charter Cities», um «Justiz nach Mass», ausgelagerte Flüchtlingslager und steuerbefreite Schattenökonomien. Abrahamian zeigt auch, wie systematisch Regierungen ihre Souveränität an das Kapital verkaufen. Weil sie wollen und eben nicht, weil sie «ausgetrickst» werden, wie der Untertitel der deutschen Ausgabe leider fälschlicherweise suggeriert. Die Sonderzonen sind kein Betriebsunfall des Kapitalismus, sondern eines seiner bevorzugten Tummelfelder und Teil seiner Logik. Das alles und noch viel mehr hat Abrahamian spannend und gut lesbar aufgeschrieben.



Atossa Araxia Abrahamian: **Schmutzige Geschäfte im Niemandsland**, Wie globale Unternehmen und Superreiche unsere Regierungen austricksen. S.-Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 2025, 368 Seiten, ca. 33 Franken.

Sporttipp Rennen gegen Rassismus

Der September ist der Monat der antirassistischen Soli-Läufe! In Basel, Bern, Luzern, St.Gallen und Zürich finden Sponsorenläufe zugunsten von Sans-papiers und geflüchteten Menschen statt. Der Lauf gegen Rassismus in Zürich wurde vor 24 Jahren aus gewerkschaftlichen Kreisen gegründet und wird auch dieses Jahr wieder von der Unia Zürich mitunterstützt. Jetzt anmelden, trainieren und Sponsorinnen und Sponsoren überzeugen!

Mehr Infos zu den Läufen: rebrand.ly/solilauf

Lesetipp Rassismus im Rückspiegel

Mit dem Blick zurück auf ihre eigene Lebensgeschichte untersucht die in Bern geborene Journalistin und Autorin Angélique Beldner (49) die Wahrnehmung von Rassismus in der Schweiz. Und wie sich der Umgang damit in den letzten fünfzig Jahren verändert hat. Von den «Überfremdungsinitiativen» über die Einführung des gesetzlichen Strafartikels gegen Rassismus bis zur «Black Live Matters»-Bewegung folgt das Buch einem langsamen Erwachen der Schweizer Gesellschaft. Und einer Frau, die ihre Stimme in diesem Land findet.



Angélique Beldner: **Rassismus im Rückspiegel**. Limmat-Verlag, 192 Seiten, Fr. 32.–.

Hoffnung und Widerstand im Krieg Kunst aus Gaza in Bern

Der Berner Verein am See organisiert zwischen dem 23. August und dem 6. September zahlreiche Veranstaltungen und eine Ausstellung mit Künstlerinnen und Künstlern aus Gaza. Die Ausstellung «Art as a Breath of Life und Gaza Habibt» vereint Zeichnungen des Eltiqa-Kollektivs und Fotografien des Yura-Kollektivs. Eltiqa ist eines der ersten zeitgenössischen Kollektive in Gaza. Die Galerie und die Werkstätten wurden bereits in den ersten Kriegswochen zerstört. Doch die Künstlerinnen und Künstler arbeiten weiter. Auf Papierschnipseln, Kartons, Schulheften und Medikamentenverpackungen. Sie malen mit dem, was vorhanden ist: Naturfarben, Kaffee, Tee, Kugelschreiber. Das Fotografie-Kollektiv Yura wiederum dokumentiert seit vier Jahren den Alltag in Gaza. Momente des Lebens, der Hoffnung und des Widerstands inmitten von Unterdrückung, Vertreibung und Krieg.

Vernissage mit Podium: 23. 8., 17–23 Uhr, www.vereinamsee.ch. **Storytelling-Brunch:** 24. 8., 10–14 Uhr. **Austausch mit Berner Kunstschaffenden:** 24. 8., 19–21 Uhr, Kleine Bühne Progr. Infos: www.linktr.ee/gazaexhibition

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser



ARBEITSLOSENVERSICHERUNG: VERMITTELN STATT STRAFEN

Die Arbeitslosenversicherung ist eine wichtige soziale Errungenschaft. Dank ihr haben Arbeitslose ein Einkommen, wenn der Lohn wegfällt. Und sie hilft Arbeitslosen, wieder eine Stelle zu finden. Die Arbeitslosenversicherung unterstützt aber nicht nur, sondern sanktioniert auch. Wer zu wenig intensiv nach Stellen sucht, seine Arbeit «selbstverschuldet» verliert und nicht mit den RAV oder den Arbeitslosenkassen zusammenarbeitet, der oder dem werden die Taggelder «eingestellt». Arbeitslose bekommen dann je nach Schwere des Vergehens bis zu 60 Tage keine Leistungen. Zum Beispiel muss man auf mindestens 5 Taggelder verzichten, wenn man zu wenig Bewerbungen schreibt.

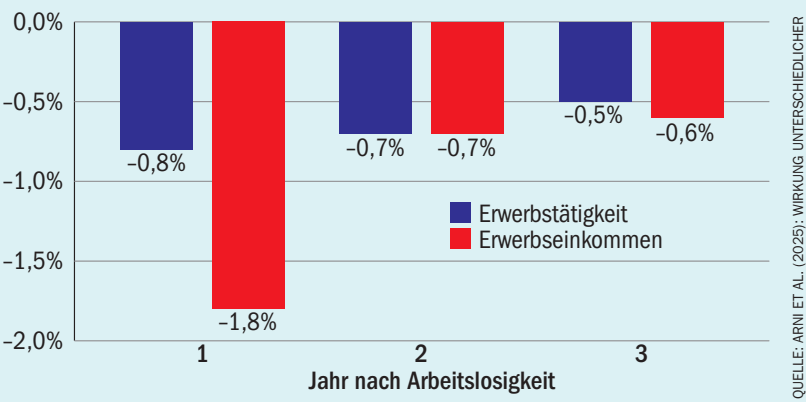
HÄUFIGE SANKTIONEN. Eine neue Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco, siehe Grafik) zeigt nun, dass Sanktionen sehr häufig sind. Jede und jeder dritte Arbeitslose wird im Verlauf der Arbeitslosigkeit mindestens einmal bestraft. Die Studie zeigt

auch, welche Folgen Sanktionen haben. So reichen Arbeitslose, nachdem sie sanktioniert worden sind, mehr Bewerbungen ein. Dies geschieht allerdings nicht freiwillig: Die RAV erhöhen nämlich die Anforderungen an die sanktionierten Arbeitslosen. Mit den zusätzlichen Bewerbungen sinkt die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Sanktionen bewirken so, dass die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 6,5 Tage weniger lang dauert. Die Arbeitsversicherung spart damit Geld. Allerdings geschieht dies auf Kosten der Sanktionierten. Sie finden zwar (um wenige Tage) schneller eine Stelle. Die neuen Stellen, in die sie aufgrund der höheren Anforderungen gedrängt werden, sind aber oftmals schlechter bezahlt und weniger sicher.

TIEFERE LÖHNE. So haben Arbeitslose, wenn sie sanktioniert werden, im ersten Jahr der Neuanstellung im Durchschnitt 1,8 Prozent weniger Lohn, als wenn sie nicht sanktioniert werden (siehe Grafik). Wer sanktioniert wird,

Sanktionen drücken die Löhne

Durchschnittliche Wirkung der Sanktionen auf Erwerbstätigkeit und monatliches Erwerbseinkommen im Vergleich zu vergleichbaren Arbeitslosen, die nicht sanktioniert wurden



bleibt zudem weniger häufig erwerbstätig. Das ist nicht nur für die Direktbetroffenen bedenklich: Denn nehmen Arbeitslose schlechte Arbeit an, setzt dies die Arbeitsbedingungen vieler anderer Arbeitnehmender unter Druck. Die Arbeitslosenversicherung muss

deshalb davon wegkommen, so viel zu sanktionieren. Stattdessen muss die Vermittlung gestärkt werden. Damit Arbeitslose eine gute Stelle finden.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



Überstunden: Wie lange kann ich diese geltend machen?

In den letzten 4 Jahren habe ich bei einer Firma gearbeitet, die personell unterbesetzt war. Die verbleibenden Mitarbeitenden haben mehr als die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit geleistet. Auch ich habe Überstunden geleistet und meine Vorgesetzte jeweils wöchentlich per E-Mail über die Anzahl der Überstunden informiert. Nun habe ich gekündigt und von der Arbeitgeberin die Ausbezahlung der Überstunden verlangt. Diese antwortete mir, ich könne die Ausbezahlung der Überstunden nicht mehr verlangen, weil ich diese erst zum Zeitpunkt der Kündigung geltend gemacht hätte. Stimmt das?

MARINA WYSS: Nein, Ihr Anspruch ist einerseits noch nicht verjährt, denn arbeitsrechtliche Forderungen verjähren nach 5 Jahren (Art. 128 Ziff. 3 OR), und Sie haben nur 4 Jahre dort gearbeitet. Und anderseits ist Ihr Anspruch auch noch nicht



ÜBERSTUNDEN SCHMELZEN NICHT EINFACH DAHIN: Ihr Anspruch auf Kompensation bleibt 5 Jahre bestehen.

FOTO: ADOBE STOCK

verwirrt. Laut Bundesgericht haben Arbeitnehmende Überstunden, die ohne Wissen der Arbeitgeberin geleistet werden, innert nützlicher Frist der Arbeitgeberin mitzuteilen, so dass diese entweder Massnahmen zur Verhinderung von Mehrarbeit treffen oder die Überstunden genehmigen kann. Selbst wenn die Arbeitgeberin die Überstunden nicht ausdrücklich angeordnet hat, kann davon ausgegangen werden, dass die Überstunden stillschweigend genehmigt wurden, wenn die Arbeitgeberin von den Überstunden Kenntnis hatte. Entscheidend ist auch, dass die Überstunden für die Arbeitgeberin zur Wahrung der betrieblichen Interessen notwendig waren. Laut Gesetz sind Arbeitnehmende zur Leistung von Überstunden verpflichtet, wenn sie sie zu leisten vermögen und sie ihnen nach Treu und Glauben zugemutet werden können. In Ihrem Fall scheinen die Überstunden aufgrund personeller Unterbesetzung notwendig gewesen zu sein. Und Sie haben die Überstunden der Arbeitgeberin regelmässig per E-Mail gemeldet. Wir empfehlen, die Überstunden so rasch als möglich und schriftlich gegenüber der Arbeitgeberin zu dokumentieren.

Überstunden II: Auszahlung mit Zuschlag?

Weil ich ständig Überstunden leisten musste, habe ich mein Arbeitsverhältnis gekündigt. Ich habe der Arbeitgeberin gesagt, sie solle mir die Überstunden mit einem Zuschlag von 25 Prozent bezahlen. Meine Vorgesetzte sagt, dass ich keinen Anspruch auf Ausbezahlung der Überstunden hätte, weil es im Arbeitsvertrag heisse, dass die Kompensation von Überstunden ausschliesslich durch Freizeit von gleicher Dauer erfolge. Stimmt das?

MARINA WYSS: Ja. Laut Art. 321c Abs. 2 des Obligationenrechts (OR) kann die Arbeitgeberin im Einverständnis mit dem Arbeitnehmenden die Überstundenarbeit durch Freizeit ausgleichen. Wenn im Arbeitsvertrag dies so vereinbart wurde, also quasi das Einverständnis der Arbeitnehmenden vorliegt, müssen die Überstunden primär mit Freizeit kompensiert werden. Wurde nichts dergleichen im Arbeitsvertrag (oder im Normalarbeitsvertrag oder im Gesamtarbeitsvertrag) bestimmt, so hat die Arbeitgeberin für die Überstundenarbeit einen Zuschlag von mindestens 25 Prozent zu bezahlen (Art. 321c Abs. 3 OR), so wie Sie das gefordert hatten.

work gibt den Überblick: Wissenswertes und Hilfreiches rund um den Lehrbeginn

Neu in der Lehre? Dinge, die du wissen solltest

Mit dem Beginn der Lehre treten Jugendliche in die Erwachsenenwelt ein: neue Regeln, neue Rechte, neue Pflichten. work zeigt die wichtigsten Punkte rund um den Einstieg ins Arbeitsleben auf.

MARIA KÜNZLI

1. DIE ARBEITSZEIT

Neben Lohn, Ferien und Ausbildungszielen müssen auch die Arbeitszeiten im Lehrvertrag geregelt sein. Deine Arbeitszeit als Lernende oder Lernender darf pro Tag nicht länger als neun Stunden betragen und nicht länger dauern als jener der Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen. Falls du noch minderjährig bist, darfst du vor Berufsschultagen nicht länger als bis 20 Uhr arbeiten, damit du genug Erholungszeit hast. Ganz allgemein dürfen Jugendliche bis zum vollendeten 16. Altersjahr höchstens bis 20 Uhr und Jugendliche über 16 Jahre höchstens bis 22 Uhr beschäftigt werden. Zwischen zwei Arbeitsschichten steht Minderjährigen eine Pause von mindestens zwölf Stunden zu. So wird es vom Jugendarbeitsschutz geregelt (rebrand.ly/jugend-arbeitschutz). Das bedeutet konkret, dass nach einer Spätschicht keine Frühschicht eingeplant werden darf. Es gibt aber Ausnahmen je nach Branche, Beruf und Alter der lernenden Person. Grundsätzlich ist Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche verboten. Ausnahmen gelten, wenn zur Erreichung der Ausbildungsziele Nacht- oder Sonntagsarbeit zwingend nötig sind. Diese Berufe hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (rebrand.ly/wbf-verordnung) in einer Verordnung aufgeführt.

2. DIE FERIEEN

Arbeitnehmende in der Schweiz haben laut Gesetz Anspruch auf mindestens vier Wochen Ferien, davon müssen mindestens zwei Wochen zusammenhängend sein (OR Art. 329a). Im Gesamtarbeitsvertrag oder Normalarbeitsvertrag kann aber ein höherer Ferienan-

spruch festgelegt sein. Jugendliche und junge Erwachsene unter 20 Jahren haben ein Recht auf mindestens fünf Wochen pro Jahr. Personen bis zum 30. Altersjahr können neben den fünf bezahlten Ferienwochen eine zusätzliche (unbezahlte) Ferienwoche für Freiwilligenarbeit beantragen. Das ist möglich, wenn du zum Beispiel ein Pfadilager leistest oder dich anderweitig freiwillig engagierst, zum Beispiel in einem Jugend+Sport-Lager (J+S) oder in einer sozialen Einrichtung. Dein Lehrbetrieb muss dir den Jugendlurlaub bewilligen, wenn du ihn mindestens zwei Monate vor der geplanten Woche anmeldest.

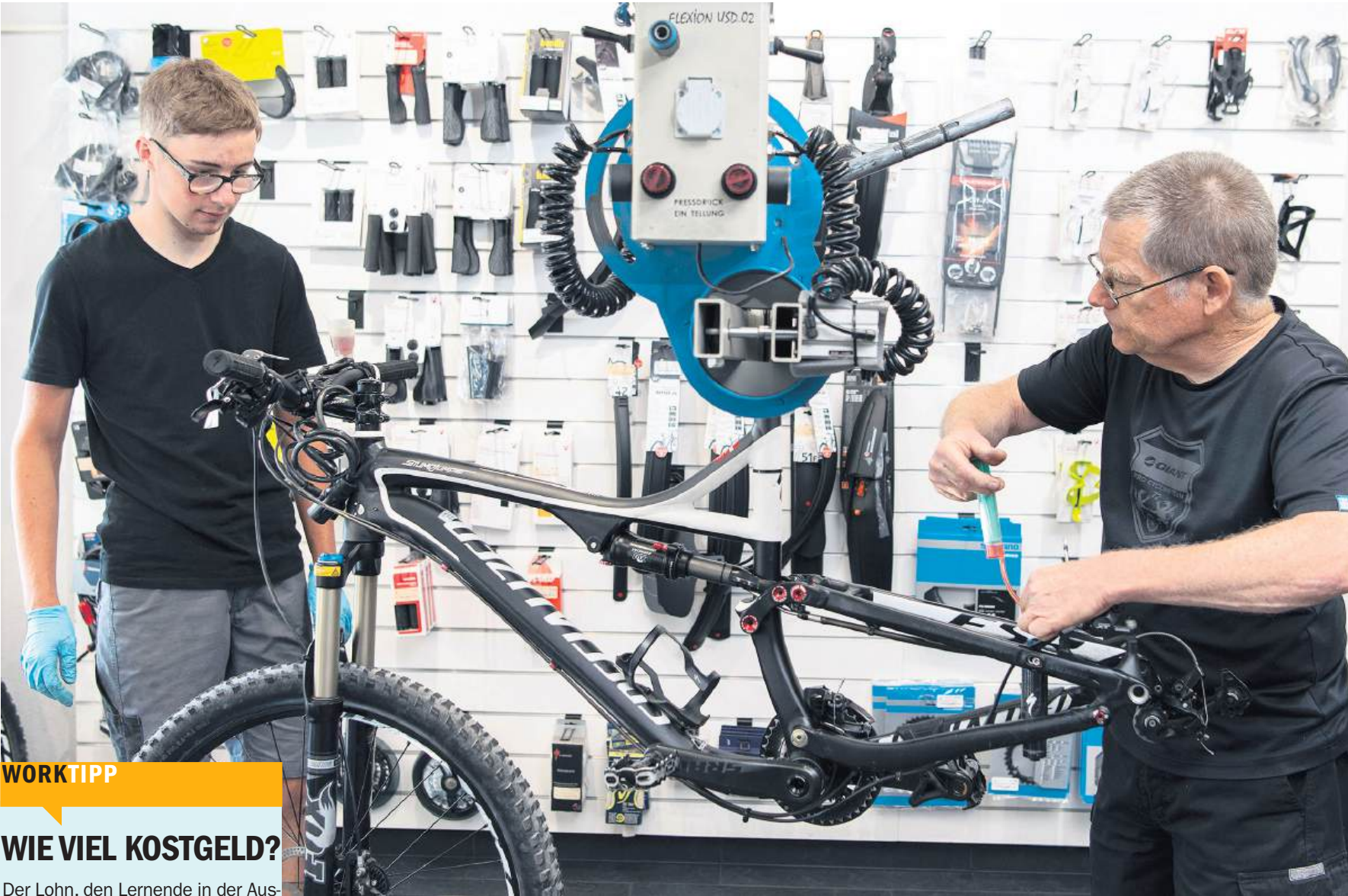
3. DIE PROBEZEIT

Wie bei normalen Arbeitsverträgen wird auch im Lehrvertrag eine Probezeit vereinbart. Diese darf nicht weniger als einen Monat und nicht mehr als drei Monate dauern. Während der Probezeit ist von beiden Seiten eine Kündigung mit einer Frist von sieben Tagen möglich. Die Probezeit kann – bevor sie abgelaufen ist – mit dem Einverständnis von beiden Seiten bis auf sechs Monate verlängert werden. Dazu braucht es die Zustimmung des kantonalen Berufsbildungsamtes (rebrand.ly/probezeit).

4. EIN GEBEN UND NEHMEN

Als Lernender oder Lernende musst du die Lernziele ernst nehmen und aktiv im Lehrbetrieb mitarbeiten. Du besuchst die Berufsschule und überbetriebliche Kurse und sollst Weisungen und Sicherheitsvorschriften ernst nehmen. Mit dem Lehrvertrag verpflichtest sich im Gegenzug der Betrieb, dich fachgerecht im gewählten Beruf auszubilden. Am Anfang sind das natürlich eher leichte Aufgaben. Es ist auch normal, dass Lernende Dinge erledigen müssen, die nicht direkt mit dem Beruf zu tun haben wie kopieren, zur Post gehen oder Kaffee kochen.

Wenn du aber über längere Zeit das Gefühl hast, nur Aufgaben zu erledigen, die nichts mit dem gewählten Beruf zu tun haben, solltest du dich wehren. Am besten besprichst du das Thema zuerst einmal mit deiner Ausbilderin oder deinem Ausbilder. In den Bildungsverordnungen und



WORKTIPP

WIE VIEL KOSTGELD?

Der Lohn, den Lernende in der Ausbildung verdienen, gehört ihnen – so ist es im Zivilgesetzbuch geregelt (ZGB, Art. 323). Doch die Eltern dürfen Kostgeld verlangen, sofern die Kinder noch zu Hause wohnen. So müssen viele Lernende einen Teil des Lernendengehalts für Kost und Logis abgeben. Doch wie viel ist angemessen? Fachpersonen empfehlen als Orientierung 10 bis 20 Prozent des Lehrlingslohns. Mehr Tipps zum Thema Kostgeld finden sich auf der Website der Pro Juventute (rebrand.ly/kostgeld-tipps).

-plänen (rebrand.ly/rahmenlehrplaene) ist für jeden Beruf festgehalten, welche Fähigkeiten vermittelt werden sollen. Erreichst du auf diesem Weg keine Veränderung, hilft dir deine Gewerkschaft gerne weiter. Du kannst

dich auch an das kantonale Bildungsamt wenden (Kontaktadressen: rebrand.ly/berufsbildung-kontakte).

5. ÜBERFORDERUNG

Ganz klar: Der Übergang von der Schule zur Lehre ist happig. Deine Arbeitstage sind länger, hinzu kommt die Berufsschule, vielleicht ist die Ausbildung auch körperlich fordernd. Es ist ganz normal, dass du dich am Anfang überfordert fühlst. Sprich über deinen Stress und deine Ängste mit deinen Eltern, deinem Ausbilder oder einer Lehrerin der Berufsschule. Du kannst dich auch bei der Beratungsstelle deiner Schule melden. Ausserdem gibt es einige

PROBLEME

HILFE HOLEN

Es passt nicht bei der Lehrstelle? Du fühlst dich dauerhaft schlecht, oder du kommst mit deinen Arbeitskolleginnen und -kollegen nicht zurecht? Suche das Gespräch mit deiner Ausbilderin oder deinem Ausbilder. Wenn es nicht besser wird, kannst du das kantonale Berufsbildungsamt einschalten oder deine Gewerkschaft kontaktieren. Bei persönlichen Problemen oder wenn du sonst gerade nicht weiterweissst, hilft die Notrufnummer 147, eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Du kannst anrufen, ein Whatsapp schreiben oder über die Website www.147.ch mit Gleichaltrigen chatten. Hier erhältst du auch weitere Kontaktadressen, je nach Anliegen.

REDE DARÜBER.

Gibt es Vorgesetzte oder Mitarbeitende, die dich schikanieren, dich bewusst ausschliessen oder dir drohen? Oder erfährst du sexuelle Belästigung? Erste Informationen und Handlungsoptionen bei sexueller Belästigung und Mobbing hat die Unia zusammengestellt (rebrand.ly/sexuellebelastigung-tipps). Ganz wichtig: Erniedrigendes Verhalten, egal welcher Art, sollstest du auf keinen Fall akzeptieren. Werde aktiv und vertraue dich jemandem an, deinen Eltern oder einer Vertrauenslehrperson zum Beispiel. Vielleicht können sie dir bereits erste Tipps geben, was du unternehmen kannst. (mk)

7. LOHN UND BUDGET

Du bist nun Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer und erhältst für deine Arbeit einen Lohn. Deshalb sollstest du Lohnabrechnungen und Verträge sorgfältig aufbewahren. Um dir einen Überblick über deine Einnahmen und Ausgaben zu verschaffen, kann es hilfreich sein, einen Budgetplan zu erstellen. Tipps dafür findest du zum Beispiel über den Direktlink rebrand.ly/budget-tipps.

6. DIE UNFALLVERSICHERUNG

Alle Personen, die mindestens acht Stunden pro Woche für einen

Betrieb arbeiten, sind automatisch gegen Berufsunfälle, Berufskrankheiten und Nichtberufsunfälle versichert. Das gilt natürlich auch für dich als Lernender oder Lernende.

7. LOHN UND BUDGET

Du bist nun Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer und erhältst für deine Arbeit einen Lohn. Deshalb sollstest du Lohnabrechnungen und Verträge sorgfältig aufbewahren. Um dir einen Überblick über deine Einnahmen und Ausgaben zu verschaffen, kann es hilfreich sein, einen Budgetplan zu erstellen. Tipps dafür findest du zum Beispiel über den Direktlink rebrand.ly/budget-tipps.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SUCHMASCHINEN IM TEST: Nicht alle Anbieter sind so heiss auf Ihre Daten wie Google.

FOTO: SHUTTERSTOCK

Suchmaschinen: Es muss nicht immer Google sein

Wer mit Google nach Begriffen im Internet sucht, wird durchleuchtet: Der US-Konzern sammelt viele private Daten, erstellt Persönlichkeitsprofile und verdient dann mit gezielter Werbung Milliarden.

VOLL MIT WERBUNG.

Kein Wunder, tauchen in den Suchergebnissen oft viele Anzeigen auf. Wer etwa nach Badehosen sucht, findet zuoberst in den Suchtreffern bezahlte Werbung von Internetshops. Ähnliche Probleme gibt es bei der Suchmaschine Bing von Microsoft: Auch hier sind Werbung, störende Einblendungen und computergenerierte Inhalte allgegenwärtig.

ANONYMISIERT.

Wir haben Suchmaschinen mit Fokus auf Privatsphäre verglichen. Sehr gut schnitt Startpage ab. Die holländische Suchmaschine anonymisiert die gestellten Anfragen und leitet sie an Google so weiter, dass der Konzern nicht erfährt, wer was sucht. Auch die Schweizer Suchmaschine Swisscows ist bezüglich Datenschutz empfehlenswert. Sie leitet Anfragen an die Suchmaschine Brave weiter, die nach eigenen Angaben keine persönlichen Daten speichert. Aber Swisscows nervt mit Werbung. Auch Startpage und Qwant blenden Werbung ein, aber deutlich dezent. Einzig bei Duckduckgo lässt sich die Werbung ganz ausschalten. Keine sichere Alternative ist hingegen die deutsche Suchmaschine Ecosia. Sie speichert Suchanfragen eine Woche lang und versendet sie auch an Microsoft, einschliesslich der IP-Adresse des Computers. THOMAS SCHWENDENER

Google verdient mit den privaten Daten Milliarden.

work hilft weiter: Das wichtigste

Wie war das noch

Ja, das Thema ist trocken, und ja, es lässt sich gut verdrängen. Und doch sollten auch jene, die nicht kurz vor der Pensionierung stehen, über Grundwissen in Sachen Vorsorge verfügen.

MARIA KÜNZLI

Das Schweizer Vorsorgesystem ist auf drei Säulen aufgebaut. Diese ergänzen sich und erbringen finanzielle Leistungen bei Pensionierung, bei Invalidität oder bei einem Todesfall.

DIE ERSTE SÄULE hat das Ziel, die Existenz zu sichern. Sie ist obligatorisch und staatlich. Die erste Säule besteht aus der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV, IV). Alle Personen, die in der

Schweiz wohnen und arbeiten, sind versichert und haben Anspruch auf Leistungen. Die Beiträge werden monatlich direkt vom Lohn abgebogen. Wer nicht erwerbstätig ist, muss mindestens den Minimalbetrag einzahlen – ausser die Ehepartnerin oder der Ehepartner verdient genug, so dass zum mindesten der doppelte Minimalbeitrag abgebogen wird. Der jährliche Mindestbeitrag für Nichterwerbstätige beträgt zurzeit 530 Franken. Die Höhe der Rente hängt von den eingezahlten Beiträgen und der Anzahl Beitragsjahre ab.

DIE ZWEITE SÄULE ist die berufliche Vorsorge. Erwerbstätige sind in der Regel über ihren Arbeitgeber einer Pensionskasse angeschlossen. Die Beiträge va-

Grundwissen zur Altersvorsorge

mal mit diesen Säulen?

riieren je nach Höhe des Lohns und werden monatlich direkt vom Gehalt abgebogen. Der Arbeitgeber muss mindestens denselben Betrag einzahlen. Die

Viele können von ihrer Rente nicht leben.

Beiträge für Betriebsunfälle müssen ebenfalls vom Betrieb übernommen werden. Anders als bei der ersten Säule, wo das Geld von den aktiven Versicherten direkt zu den Pensionierten fliesst, legt die Pensionskasse das gesammelte Kapital an. Wird eine versicherte Person pensioniert, wandelt die Pensionskasse das Guthaben in eine Rente um. Eine Person ist nur dann gemäss BVG versichert, wenn sie einen Jahreslohn von

mindestens 22'680 Franken (Stand 2025) erzielt.

DIE DRITTE SÄULE ist die private Vorsorge (Säule 3a und 3b) und soll für den sogenannten Zusatzbedarf sorgen. Sie ist freiwillig, sprich: Wer genug verdient, kann sich eine dritte Säule leisten und ist im Alter besser abgesichert. Diese Beiträge werden selbst bezahlt und nicht direkt vom Lohn abgebogen. Ein vom Bundesrat festgelegter Maximalbeitrag kann jährlich vom steuerbaren Einkommen abgebogen werden.

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN. Dennoch ist es in der Schweiz die harte Realität, dass viele Menschen nach der Pensionierung in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Gerade Menschen, die

Teilzeit gearbeitet, Care-Arbeit geleistet haben oder zu Niedriglöhnen angestellt waren, können sich nur auf die AHV verlassen. Ihnen fehlt sowohl die zweite als auch die dritte Säule. Wenn das Renteneinkommen die minimalen Lebenskosten nicht deckt, besteht ein Rechtsanspruch auf Ergänzungsleistungen (EL). Eine Einschätzung, ob Sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben, können Sie online und anonym erhalten (rebrand.ly/el-berechnen). Ob Sie tatsächlich Ergänzungsleistungen bekommen, entscheidet die zuständige EL-Stelle Ihres Wohnkantons. Wichtig: Ergänzungsleistungen werden nicht automatisch ausbezahlt. Sie müssen einen Antrag stellen (Kontakt: rebrand.ly/kontaktstellen).

AHV

ACHTUNG, LÜCKEN!

Wer nicht jedes Jahr den Mindestbetrag in die erste Säule einzahlt – zum Beispiel Personen, die nicht erwerbstätig sind oder eine Weile im Ausland leben –, hat sogenannte Beitragslücken. Liegen die Lücken länger als 5 Jahre zurück, hat das eine lebenslange Kürzung der Leistung zur Folge. Bei «jüngeren» Lücken ist eine Nachzahlung möglich. Wenn Sie wissen möchten, ob Ihr Konto Lücken aufweist, können Sie einen Kontoauszug bestellen (rebrand.ly/ahv-kontoauszug).

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Ausbilder, warum bist du nicht da?

Muss mein Berufsbilder oder meine Berufsbilderin immer anwesend sein? Ich bin oft allein an meinem Ausbildungsplatz. Ist das normal?

«Lernende dürfen nicht übermässig oft allein gelassen werden. Das Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) verlangt eine angemessene Betreuung, ohne jedoch eine ständige Anwesenheit der Berufsbilderin oder des Berufsbilders vorzuschreiben. Laut der Berufsbildungsverordnung (BBV, Art. 10) muss der Ausbildungsbetrieb jedoch eine regelmässige Begleitung und ausreichende Unterstützung sicherstellen, um eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten. Wenn du oft ohne Aufsicht oder Unterstü-

zung bist, kann das problematisch sein. Sprich zuerst mit deinem Berufsbilder oder der Geschäftsleitung und halte etwas schriftlich fest (E-Mail, Brief, Nachricht), um zu dokumentieren, dass du das Problem gemeldet hast. Falls sich nichts ändert, wende dich an das kantonale Berufsbildungsamt oder eine Gewerkschaft. Du hast das Recht auf eine gute Betreuung während deiner Ausbildung!»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an jugend@unia.ch.



Félicia Fasel, Jugendsekretärin.

workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden. Das historische Haus liegt mitten in der lebendigen City, nur fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge, das Berner Münster oder das Bundeshaus sind zu Fuss erreichbar. Der ideale Ausgangspunkt für Shopping und Sightseeing in der bezaubernden Zähringerstadt.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 9
Das Lösungswort lautete: SOMMERFERIEN

	P	B			G	U			O	M						
	L	A	V	A	T	E	R		C	H	E	M	I	E	G	A
	A	N	X		L	A	E		U	B	L	I	U	A	L	P
	K	A	R	P	F	E	N		R	E	S	T	I	L	L	
M	E	T	E	O		I		D	I	E	N	S	T	E	L	S
	T	M		S	M	A	R	A	G	D		O	L	O	G	
	T	R	I	K	O	T		I	G		K	L	E	I	N	E
	D	E	O	S	R		F	L	U	E	G	E	L	L	O	
	Y		S	T	I	L	L	E	N		F	A	L	T	A	R
	S	A	U	C	E		I	B		L	E	E	R	E		
D	E	L	H	E	R	L	E	B	E	N		M	A	E	L	T
	N		S	I	E	B	T	E	N		M	W	A	E	L	T
	S	I	T	E		B		M		S	P	A	E	T	U	N
	E		A	N	N	E	M	A	R	I	E	R	U	E	B	E
U	N	T	R	E	U		I	N		E	R	D	K	R	U	S

DEN PREIS, 200 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Peter Gartenmann, Häuslenen TG
Herzlichen Glückwunsch!

Utensil im Textilhandwerk	↘	↘	stimmhafter Laut	Musikstil (Kw.)	Kapitalbringer, Investor	↘	↘	poet.: kleines Wäldchen	Insektenlarven	modern, populär	hohe Männerstimme	↘	alt Bundesrat (Adolf)	↘	gefährl. Tier	Lösch-taste (engl.)	Lehrer Samuels	Initialen e. CH-Tennis-spielers
Gründungsmitglied der Unia (Vasco)	→			2				die Unia zählt ca. 172 000...	→				8					
Identitätskarte (Kw.)	→		früher als erwartet		eintöniges Gerede	→							eng verbunden, vertraut		zweistellige Zahl	→		
kleine Lücken	→		10					Teil der Kette		Glücksspiel		schweiz. Maler (Rolf)	→					Bewohner eines Kantons
→					kleines Sportboot		gängig, normal	→							grosses Selbstwertgefühl		auf jeden Fall	
kleine Mahlzeit (engl.)		Prüfungen, Stichproben		Bedienung im Restaurant	→							Pfeilwurfspiel		Singvogel	→	12		
die Kernspaltung betreffend	→						andernfalls		Äusserste Grenze		stachelige Wiesenpflanzen	→						
→				Sonderzulage		eigenartig, kurios	→							Haft		frz. Artikel	→	
Strophengedichte	Zahlwort		satir. Nachahmung	→							Treppe		Kampfgeist kennt kein ...	→				11
Gemeinsam sind wir...	→		6			Strassenbahn		Werkzeug z. Reifenwechseln		heftiger Fall	→					Gasthäuser		Fischfanggerät
→				unbändiges Verlangen		Oberbekleidung Mz.	→						Übrigbleibendes		engl.: Auto	→		
gefrorenes Wasser		beschaffen, geformt	→							alte Leuchtdichteinheit		Bücher-gestelle	→					
kurz für: bei dem	→	3				Augenblick, im ...		Autokz. Kanton Uri		Unverbrauchtes	→			9		ital. Tonbez. für das D		schweiz. Partei
illoyal, abtrünnig			übereinstimmend	→								schweiz. Rapper	→					
→						Doppelkonsonant	→		gedruckte Worte		5				Zitterpappel	→		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 4. September 2025

INSERAT



Schweizweite
Pflege-Demo

22. November 2025, 14.15 Uhr
Bundesplatz, Bern

Hier gehts zum
gratis Transport





WORKLESERFOTO

Raus mit dem Russ

WANN 12. Juli 2025
WO Puschlav GR
WAS Kaminfeger bei der Arbeit
Eingesandt von Urs Oskar Keller, Landschlacht am Bodensee TG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORKZEITUNG.CH / 4.8.2025:
KELLER-SUTTER & CO.
HABEN SICH TRUMPIERT

Versagen auf ganzer Linie

So viel zu «Trump liebt die Schweiz» und zu dem direkten Draht, den KKS zu ihm hat ... und dann noch Rösti mit seiner Trump-Tendenz vor den US-Wahlen. Das ist bürgerliches Versagen auf der ganzen Linie.

IVAN EHRBAR, VIA FACEBOOK

Angriff auf den Sozialstaat

Neben der Naivität des Bundesrates ist die Reaktion der Wirtschaftsverbände typisch: Kurzarbeit verlängern und «Rahmenbedingungen» verbessern. Beim zweiten handelt es sich in der Regel um Steuergeschenke für die Reichen und Abbau des Sozialstaates. Nicht nur Trump ist doof, sondern auch unsere Wirtschaftsverbände.

ZOLTAN DOKA, VIA FACEBOOK

Wir brauchen gute Partner

Der bürgerliche Bundesrat hat einmal mehr völlig versagt. FDP und SVP sind so was von dämlich und naiv im Umgang mit Trump, Putin, Netanyahu & Co. Deshalb: – Ja zu den Bilateralen! – Ja zu mehr Zusammenarbeit mit der Nato! – Nein zu unserer Pseudo-neutralität! Was wir brauchen, sind starke, treue und verlässliche Partner wie die EU (Bilaterale), und dafür müssen wir ebenfalls ein solcher sein.

MA WO, VIA FACEBOOK

Hohe Standards

Wir haben schlicht höhere Standards! Wenn wir uns auf ein Freihandelsabkommen einliessen, so würden billigere Produkte den Markt überfluten mit anderen Standards. Wir müssen unsere Werte zur Marke machen und beibehalten! Das hat seinen Preis.

ETIENNE SIENNE, VIA INSTAGRAM

Verlogenen!

Gemessen am Gleichmut, mit dem wir seit Jahrzehnten die unzähligen US-Wirtschaftssanktionen rund um den ganzen Globus hinnehmen, ist das Geschrei um Trumps Zölle unverhältnismässig und unsachlich. Zwar erschweren Zölle auf der Kostenebene den internationalen Handel mit bestimmten Produkten, aber sie verbieten ihn nicht, wie es Sanktionen gegen ganze Nationen oft nicht nur mit einzelnen Produkten, sondern möglichst vollumfänglich tun. Folglich werden sowohl die Produzenten wie auch die Endverbraucher, die Bevölkerungen, von Zöllen viel weniger brutal geschädigt als von Sanktionen. Ausserdem sind Zölle ein legales Mittel der Handelspolitik, während Sanktionen Völkerrecht brechen, wenn nicht die Uno sie beschlossen hat, wie im Falle des Irak-Embargos zwischen den beiden Bush-Männern 1991 und 2003; bezeichnenderweise wurde auch nur hier nach Beendigung eine offizielle Opferbilanz gezogen: rund eine halbe Million Kinder starben daran – und wie viele erwachsene Iraker? Das ist bis heute ein Geheimnis. Dennoch kann die Zahl als nachträgliches Teileingeständnis der Uno gewertet werden, dass dieses ihr Sanktionsregime einer humanitären Katastrophe gleichkam. Gemessen am chronischen Schweigen, ja gar der Zustimmung zu den Sanktionen gegen Kuba seit über 60 und gegen Iran seit über 40 Jahren, gegen Nordkorea, Russland, Gaza und unzählige andere, ist die Hysterie wegen Trumps Zöllen also nicht nur unverhältnismässig, sondern auch zutiefst verlogenen.

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH SO

WORK 9 / 3.7.2025:
SONDERAUSGABE ZUM 20-JAHR-JUBILÄUM DER UNIA

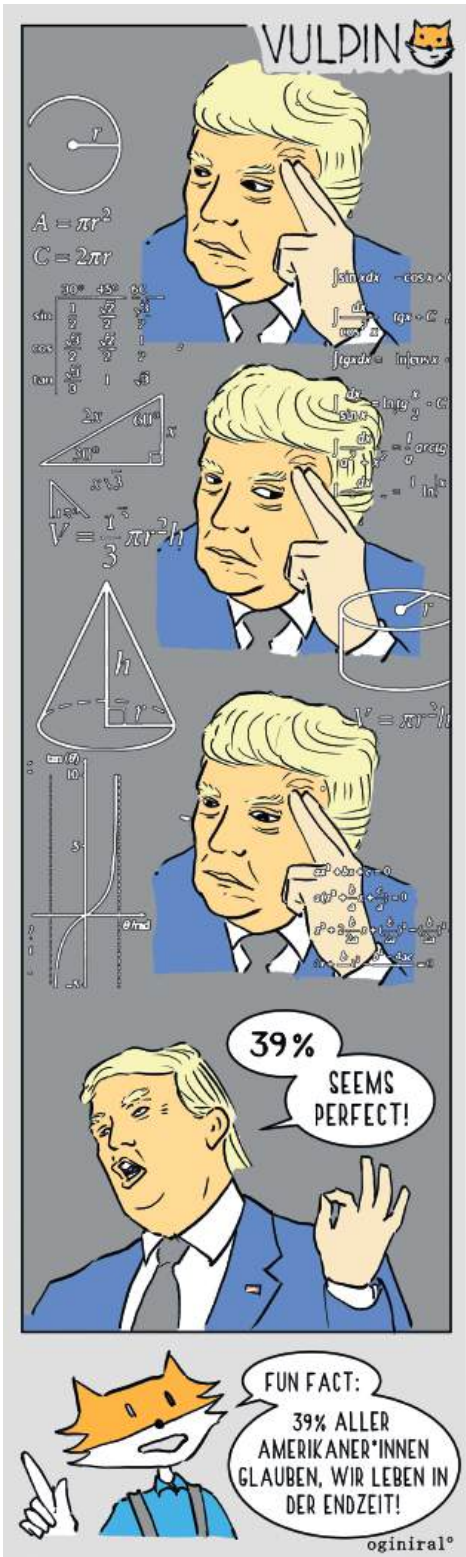
Und die VHTL?

work ist eine Zeitung, die ich immer wieder gerne lese. Dass im geschichtlichen Teil der letzten Ausgabe «20 Jahre Unia» die Gewerkschaft VHTL fast nicht vorkommt, hat mich jedoch masslos verärgert. Nach dem Grundsatzentscheid, dass wir uns am Projekt Gewerkschaftshaus beteiligen, habe nicht nur ich, sondern auch viele andere Kollegen aktiv im Fusionsprozess mitgewirkt. Die VHTL hat immerhin Tausende Mitglieder, gute Gesamtarbeitsverträge und aktive Vertrauensleute in die Ehe eingebracht. Vertrauensleute, die besonders auch in den Regionen und Sektionen der Unia wichtige Ämter übernommen haben. Übrigens, die VHTL war keine Männerbastion! Sie war die erste Gewerkschaft mit einer Frauenkommission und Vertreterinnen in den Gremien. Maria Zaugg-Alt und Rita Gassmann beispielsweise haben sogar in der internationalen Bewegung engagiert mitgewirkt. Der Anteil der Frauen war überdurchschnittlich und konnte in den letzten Jahren noch erhöht werden. Ich finde das fast vollständige Weglassen der Gewerkschaft VHTL mit ihrer hundertjährigen stolzen Geschichte unsolidarisch.

MARTIN MEYER, LETZTER CO-ZENTRALPRÄSIDENT DER GEWERKSCHAFT VHTL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.ch Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Die Fabrikbesitzer wechseln,
Giovanni Nola (52) bleibt

«Manchmal bin ich extra ruppig!»

Giovanni Nola arbeitet seit fast dreissig Jahren in der riesigen Aluminiumfabrik in Siders VS. In dieser Zeit hat er mehrfache Besitzerwechsel, eine Flutkatastrophe und andere Krisen erlebt. Als Personalvertreter haut er manchmal auf den Tisch.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Die Walliser Sonne brennt auf das Werkgelände der Aluminiumfabrik Constellium in Siders. Nachmittags um zwei ist Schichtwechsel, und die Arbeiter in ihren orangen und blauen Overall suchen den Schatten. Doch der Sommerhitze entkommt man hier nicht so leicht. Im Innern der riesigen Montagehalle ist es heiss und laut. Giovanni Nola arbeitet hier als Verpacker und Kranführer. Beim Gang durch den klimatisierten Bürotrakt sagt er zum Personalchef: «Diese Hitze ist abnormal, merkst du, wie es jedes Jahr heisser wird?» Als Mitglied der Arbeiterkommission war Nola an der Aushandlung des Relements «Starkhitze» beteiligt. Dieses garantiert nun, dass man in klimatisierten Räumen und auch draussen Pause machen darf.

HOCHWASSER IN DER FABRIK. Vor einem Jahr überschwemmte ein extremes Hochwasser des Rottens die Aluminiumfabrik. Während elf Stunden floss der Fluss mitten durch die Fabrikhallen und hinterliess eine Schlammsschicht, die den Betrieb monatelang stilllegte. Viele der 600 Constellium-Mitarbeitenden waren danach im Einsatz, um die Fabrik zu reinigen und wieder in Betrieb nehmen zu können. Giovanni Nola war zu dieser Zeit wegen Knieproblemen krank geschrieben. Als Mitglied der Personalkommission war er dennoch regelmässig vor Ort. Er sagt: «Ich war total geschockt, als ich diese Schäden und den Schlamm gesehen habe, so was haben wir hier niemals erwartet.»

120 MILLIONEN SCHADEN. Das Lager mit den Aluminiumkomponenten musste geleert und die verunreinigten Aluminiumprofile entsorgt werden. Betroffen waren insbesondere Teile für den Thurgauer Zugfabrikanten Stadler Rail, einen der grössten Kunden der Constellium Valais SA. In den ersten Monaten war die Zukunft des Werks ungewiss. Von der Schadenssumme in der Höhe von 120 Millionen Franken waren lediglich 50 Millionen versichert. Nola brachte das nicht sonderlich aus der Ruhe. Er sagt: «Seit ich in den 90er Jahren bei der Alusuisse begonnen habe, gibt es Gerüchte und die Angst, dass der Standort geschlossen wird.» Auch die Ankündigung der US-Zölle bringt weitere Unsicherheiten. Doch er habe sich an diese wiederkehrenden Krisen gewöhnt und wisse, dass die Fabrik ge-

fragte, hochqualitative Produkte liefere. Nola hat in den letzten 30 Jahren auch schon verschiedene Besitzerwechsel und Namensänderungen miterlebt: von Alusuisse zu Alcan, von Alcan zu Rio Tinto und dann 2011 die Übernahme durch Constellium mit Hauptsitz in Paris.

SEINE STRATEGIE. Fast 20 Jahre seiner Arbeitszeit verbrachte Nola als Sägewerker und Kontrolleur an der Presse. Er sagt: «Ich liebte die Arbeit mit der Presse, aber jetzt habe ich andere Ziele: Ich will die Arbeitsbedingungen für uns alle im Betrieb verbessern.» Im Jahr 2019 wählte ihn sein Team als einen von fünf Vertretern in die Personalkommission. Seither versteht er besser, was auf der Betriebsebene läuft. Nola sagt: «Manchmal bin ich absichtlich etwas ruppig in den Gesprächen mit den Chefs, denn dann hören sie mir wirklich zu.» Das sei für ihn ein bewährtes Mittel, wenn er etwas Wichtiges zu sagen habe. Dank seiner Mitgliedschaft bei der Unia habe er in Kursen für Personalvertretungen auch Verhandlungsstrategien gelernt.

VIERSCHICHTBETRIEB ABGESCHAFFT. Weil Nola nur noch Morgen- und Nachmittagschichten macht, hat er jetzt auch mehr Zeit für seine Familie. Nola sagt: «In unserem Betriebssektor haben wir den Dreischichtbetrieb eingeführt, so stehen die Maschinen von Samstagmittag bis Montagmorgen still. Er sei sehr froh, dass er nicht mehr in der Nacht und am Wochenende in die Fabrik müsse: «Der Vierschichtbetrieb ist gut für die Produktivi-

tät der Fabrik, aber als Arbeiter leidest du.»

DER LÖSUNGSFINDER. Giovanni Nola mischt nicht nur bei den betriebsinternen Lohnverhandlungen mit. Vor zwei Jahren war er auch Teil der Unia-Delegation zur Verhandlung des Gesamtarbeitsvertrags für die MEM-Industrie. Nola erinnert sich: «Es war schockierend, wie stur die Arbeitgeber waren. Ihr einziges Ziel war die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden.» Die Diskussionen über die inhaltliche Weiter-

entwicklung des GAV seien deshalb überhaupt nicht vorwärtsgekommen. Die Chefs in seinem Betrieb seien da pragmatischer: Beim Thema Vaterschaftsurlaub oder Klimaschutz habe man in den letzten Jahren gemeinsam nach Lösungen gesucht und auch gefunden. Sein Verhältnis zur Firmenführung beschreibt er so: «Zusammen in die Ferien fahren wir nicht, aber wir arbeiten zusammen.» Konflikte gehörten dazu wie in jeder Firma, bei Constellium aber finde sich «in 99 Prozent der Fälle» eine Lösung.

GIOVANNI NOLA

FAMILIE UND FUSSBALL

Giovanni Nola ist in Siders VS geboren. Weil beide Eltern voll arbeiten mussten, brachte ihn der Vater im Alter von zwei Jahren zu den Grosseltern nach Sizilien. Als Achtjähriger kehrte Nola nach Siders zu seinen Eltern zurück. Dort lernte er in der Primarschule und bei einer Nonne Französisch. Nach einer Lehre als Sanitär begann er im Jahr 1996 als Fabrikarbeiter bei der Alusuisse. Auch Nolas Vater arbeitete bereits für die Alusuisse. Giovanni Nola erinnert sich an die familiäre Stimmung auf dem Werkgelände, wo er als Kind an den Festanlässen für die Mitarbeitenden und ihre Familien teilgenommen hatte.

FUSSBALL. Noch heute lebt Nola in Siders mit seiner Frau und den drei erwachsenen Kindern. In der Freizeit spaziert er gerne mit seinem Hund «Tico» durch die Gegend. Oder er steht auf dem Fussballplatz von Sitten. Dort trainiert er ein Nachwuchsteam des FC Sion. Fussball ist seine Passion. Auch Nolas jüngster Sohn ist begeisterter Kicker und möchte sogar Profispieler werden.

HEISSER ARBEITSPLATZ: In der riesigen Montagehalle von Constellium bedient Giovanni Nola den Kran und verpackt die Aluminium-Produkte. Im Sommer ist es hier nicht nur laut, sondern auch sehr heiss.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031.350 24 18. E-Mail Verlag: verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion: redaktion@workzeitung.ch. Internet: www.workzeitung.ch. Redaktion: Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer: Peter Bodenmann, Claudio Carrer, Roland Erne, David Gallusser, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout: Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat: Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat: Fabienne Jallil, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing: Fabienne Jallil, Telefon 031.350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck: CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement: Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst: Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage: 60'488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.